

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schyrm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaunte Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **515000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

## Über die Reichsversicherungsordnung.

III.

Wir haben unseren letzten Artikel mit einer allgemeinen Übersicht über die Grundzüge des Versicherungswesens nach der letzten Reform geschlossen. Dabei erwähnten wir, daß das erste Buch zunächst die allgemeinen Grundzüge der Organisation der Versicherungsträger und sodann als Hauptgegenstand die Organisation der Versicherungsbehörden enthalte. Das ist nun etwas näher auszuführen.

Wie bisher, so bleiben auch weiterhin in erster Linie die Krankenkassen, die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalten Träger der Reichsversicherung; an sie schließen sich in zweiter Linie andere Versicherungsformen an, nämlich für die Krankenversicherung die sogenannten Ersatzkassen und die knappschaftlichen Krankenkassen, für die Unfallversicherung das Reich, die Bundesstaaten und die für leistungsfähig erklärten Gemeinden, für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Sonderanstalten.

Jeder Versicherungssträger (jede Krankenkasse, jede Berufsgenossenschaft, jede Versicherungsanstalt, aber auch die Sonderanstalten) hat einen Vorstand, zu welchem Amte nur volljährige unbefohlene Deutsche wählbar sind. Der Vorstand ist rechtsfähig und übernimmt die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Versicherungsträgers. Arbeiter haben in den Vorständen der Berufsgenossenschaften und in den Landesversicherungsanstalten nach wie vor nichts verloren und nichts zu suchen: dort herrschen die Unternehmer und die Bureaukraten völlig unkontrolliert; Arbeiter kommen in der Hauptsache und unmittelbar nur in Frage, soweit die Krankenversicherung reicht und auch dort ist ihr Recht gegen früher erheblich beschränkt worden, was weiterhin noch näher darzustellen sein wird. Bei der Krankensowie Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden Versicherte für die Bildung der Organe der Unternehmern zugezählt, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen; bei der Unfallversicherung schon, wenn sie regelmäßig mindestens einen Versicherungspflichtigen beschäftigen. Die Vertreter der Unternehmer und die der Versicherten werden nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt. Die Wahlperioden dauern vier Jahre, und die Gewählten haben ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich auszuüben, können nur den Ersatz harter Ausgaben und entgangener Arbeitsverdienste verlangen.

Die Durchführung der Versicherung geschieht wie bisher durch die Versicherungsträger, aber diese sind keineswegs unbefähigt in ihrer Arbeitsleistung; während schon bisher allerhand staatliche Behörden und Gerichte in mannigfaltiger Art in das Versicherungswesen hineinzureden hatten, wird jetzt der bürokratische Einfluß systematisch verstärkt, denn es werden eigentliche Versicherungsbehörden eingerichtet. Diese Behörden bauen sich nach einheitlichem Plane auf und sind in Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern, Reichsversicherungsamt und Landesversicherungsämtern gegliedert. Diese „öffentlichen Behörden der Reichsversicherung“ übernehmen alle behördlichen Aufgaben der Rechtsprechung und meisten Aufgaben auf dem Gebiet der Verwaltung, auf dem nur dem Bundesrat, dem Reichsamt, der obersten und der höheren Verwaltungsbehörde der Einzelstaaten, der Ortspolizeibehörde usw. einige mehr nebensächliche Aufgaben verbleiben. Es hätte selbstverständlich nahegelegen, wenn man schon einmal den Behördenaufbau der Versicherung neu ordnen wollte, von Grund auf selbständige Behörden zu schaffen, aber grade weil es nahe lag, hat man es vermieden, denn es kam der Regierung und den machthabenden Parteien nicht darauf an, das zweckmäßigste System der Versicherungsverwaltung einzuführen, sondern die staatliche Bürokratie, die von ihnen vollständig abhängig ist, zu Herren über die Versicherung zu machen. Daher sind die Versicherungsämter als Abteilungen den unteren Verwaltungsbehörden angegliedert worden. Wird man in den größeren Städten die dort bestehenden Dezernate für Sozialpolitik leicht und ohne wesentlichen sachlichen Unterschied zu Versicherungsämtern ausbauen können, so wird es in den Landgemeinden und in den kreisangehörigen Städten ganz anders werden: dort gewinnt der Landrat (in Preußen), der Bezirksamtman (in Bayern), der Amtshauptmann (in Sachsen) u. eine nahezu unbeschränkte Gewalt über die Versicherung. Das sind politische Beamte. Sie kommandieren die Gendarmen! Und mannigfaltig und wichtig sind die Aufgaben der ihnen unterstellten Versicherungsämter: sie „nehmen die Geschäfte der Reichsversicherung wahr“ und erteilen in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft. Man kann erweisen, was das zu bedeuten hat, namentlich in Gegenden, wo den Versicherungspflichtigen kein unabhängiges Arbeitersekretariat zur Verfügung steht, auf dem sie sich über das Labyrinth der gesetzlichen Vorschriften Rat und Auskunft holen können.

Der größte Teil der Aufgaben des Versicherungsamtes wird von dem Vorsitzenden oder seinem ständigen Stellvertreter (das ist der berühmte Kreissekretär!) selbst erledigt; in einer Reihe von im Gehege bestimmten Fällen sind aber Versicherungsvertreter als Beisitzer hinzuzuziehen; ihre Zahl muß mindestens 12 betragen und sie müssen je zur Hälfte den Unternehmern und den Versicherten entnommen sein. Eine andere Bedingung ist die, daß die Ver-

sicherungsvertreter mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt seien und mindestens zu je ein Drittel am Sitz des Versicherungsamtes selbst oder nicht über 10 Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein sollen. Frauen sind natürlich auch hier nicht wählbar!

Jedes Versicherungsamt bildet für die Sachen, die das Gesetz dem Spruchverfahren überweist, einen oder mehrere Spruchauschüsse, die aus dem Vorsitzenden des Versicherungsamtes und je einem Versicherungsvertreter der Unternehmer und der Arbeiter bestehen. Für die im Beschlußverfahren zu erledigenden Sachen bildet es ferner einen Beschlußauschuß, der ebenfalls aus drei Mitgliedern besteht.

Fassen wir die Aufgaben der Versicherungsämter zusammen, so ergibt sich: in Sachen der Krankenversicherung sind sie vor allen Dingen Aufsichtsinstanzen; ferner übernehmen sie auf dem Gebiete der reichsgesetzlichen Versicherung alle Aufgaben, die bisher den unteren Verwaltungsbehörden, den Gemeinden und sonstigen niederen Instanzen zugewiesen waren; ferner erteilen sie, wie bereits bemerkt, in allen Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft und dürfen auch die Versicherungsträger nach den Vorschriften des Gesetzes in ihren eigenen Angelegenheiten unterstützen, was mit anderen Worten heißt, daß der preussische Landrat schließlich in jede Krankenkasse und in jede Ersatzkasse seine lange Nase hineinstecken für gut befinden wird! Endlich haben die Versicherungsämter eine rechtsprechende Tätigkeit auszuüben.

Da die Beisitzer zu den Versicherungsämtern von den Vorstandsmitgliedern sämtlicher Krankenkassen, die im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde mindestens 50 Mitglieder haben, gewählt werden, so liegt es auf der Hand, daß die Versicherten bei der Auswahl der Leute, die sie mit der Vertretung der Interessen in den Krankenkassen betrauen, außergewöhnlich vorsichtig sein müssen. Bei der Wahl der Beisitzer zu den Versicherungsämtern wählen die Vorstände aller Arten von Kassen (Krankenkassen, Betriebskassen, Zünfkassen, Landkrankenkassen, knappschaftliche Krankenkassen, Ersatzkrankenkassen und Seemannskrankenkassen, immer soweit sie 50 Mitglieder im Bezirke wohnen haben). Die Stimmberechtigten wählen entsprechend der Stimmenzahl der von ihnen vertretenen Mitglieder. Von den Kassenvorstandsmitgliedern nehmen die Unternehmer nur an der Wahl der Unternehmerbeisitzer, die Arbeiter nur an der Wahl der Versichertenvertreter teil. Das ist ja soweit ganz gut und schön, und man darf das Vertrauen zu der organisierten Arbeiterklasse hegen, daß sie sich ihre Vertreter zu der organisierten Arbeiterklasse anheben werden, zumal ja trotz der zwei Drittel Beiträge die Arbeiter nur die Hälfte der Krankenkassenvorstandsmitglieder zu stellen haben. Aber die Sache verhält sich doch anders, daß für die neu errichteten Landkrankenkassen, die keinen Vorstand zu haben brauchen, durch die Behörden Beisitzer ernannt werden können. Wenn diese launfrömmen Beisitzer bei den Wahlen der Beisitzer zu den Versicherungsämtern amarrschieren und auf das Kommando des Herrn Landrats abstimmen, dann können die industriellen Arbeiter allerhand erleben! Es wird zu empfehlen sein, daß die Krankenkassenvorstandsmitglieder jederzeit sofort Fühlung mit den von der Behörde ernannten Beisitzern in den Landkrankenkassen suchen, um mit diesen Leuten sich über die einzuschlagenden Schritte zu beraten, um sich nach deren Wünschen zu erkundigen und eigene Wünsche ihnen mitzuteilen. Das ist selbstverständlich erlaubt und nicht einmal ein preussischer Landrat hat das mindeste dagegen zu sagen.

Für Streitigkeiten in Invaliden- und Unfallversicherungs-sachen bestanden bisher Schiedsgerichte; diese Schiedsgerichte für Arbeiterversicherungen werden nun zu staatlichen Behörden ausgebaut und haben unter dem Namen Oberversicherungsamt die Funktionen einer höheren Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. Das Oberversicherungsamt wird in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde entweder als selbständige Staatsbehörde oder unter Angliederung an eine höhere Staatsbehörde errichtet. An der Spitze steht ein Direktor, dem mindestens ein zweites beamtetes Mitglied zugleich als Stellvertreter beigegeben ist. Neben diesen „Mitgliedern“ des Oberversicherungsamtes haben wir Beisitzer. Während die Mitglieder aus der Zahl der öffentlichen Beamten auf Lebenszeit zu ernennen sind, werden die Beisitzer gewählt, und zwar je zur Hälfte aus den Kreisen der Unternehmer und der Versicherten. Die Beisitzer der Versicherten werden von den Versichertenvertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirkes des Oberversicherungsamtes gewählt; die Stimmenzahl dieser Wähler wird nach der Zahl der Krankenkassenmitglieder des Bezirkes ihres Versicherungsamtes festgesetzt. Auch hier wieder leuchtet die Wichtigkeit einer sorgfältigen Auswahl der Vertreter der Arbeiter zu den Krankenkasseneinrichtungen ein, da sich auch die Wahl der Arbeitervertreter bei den Oberversicherungsämtern letzten Endes nach der Sorgfalt entscheidet, die die Arbeiter selbst auf die Auswahl der Krankenkassenvorstandsmitglieder angewendet haben.

Wie bei den Versicherungsämtern Ausschüsse, so werden beim Oberversicherungsamt Spruchkammern und eine Beschlußkammer gebildet. Die Spruchkammern bestehen aus einem Mitglied des Amtes als Vorsitzendem und je zwei Beisitzern, sowohl der Unternehmer wie der Versicherten; die Beschlußkammer besteht hingegen aus dem Vorsitzenden und einem andern Mitglied (Beamten des Amtes) und je einem Beisitzer der Unternehmer und der Versicherten.

Besondere Oberversicherungsämter können errichtet werden: 1. für Betriebsverwaltungen und Dienstbetriebe des Reiches und der Bundesstaaten, die eigene Betriebskrankenkassen haben, 2. für Gruppen von Betrieben, für deren Beschäftigte Sonderanstalten Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betorgen, 3. für

Gruppen von Betrieben, die Knappschaftsvereinen oder Knappschaftskassen angehören.

Und nun die Spitze! Oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde ist das Reichsversicherungsamt, dessen Organisation im wesentlichen unverändert bleibt. Die Zahl der nichtständigen (nichtbeamteten) Mitglieder wird auf 32 vermehrt, von denen 8 vom Bundesrat und je 12 als Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter gewählt werden. Für diese Parteienvertreter werden nach Bedarf Stellvertreter gewählt. Wer ist nun wahlberechtigt und wie ist das Wahlverfahren? Die Unternehmermitglieder des Reichsversicherungsamtes werden zur Hälfte von den Unternehmern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalt, zur Hälfte von den Vorständen der Berufs-genossenschaften und den Ausführungsbehörden gewählt. Die Versichertenvertreter (Arbeitervertreter) beim Reichsversicherungsamt werden zur Hälfte von den versicherten Mitgliedern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, zur Hälfte von den Versichertenbeisitzern bei den Oberversicherungsämtern gewählt, und zwar von beiden Gruppen je drei aus dem Bereiche der Gewerbe-unfallversicherung, je zwei aus dem der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und je einer aus dem der Seefahrtversicherung. Man kann ohne Gefahr, den Bankrott anmelden zu müssen, jedem einen Taler versprechen, der das nun gleich so auf Anhieb versteht. Es kam der Regierung natürlich darauf an, siebenmal siebenmal gestellte Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt zu haben. Aber gerade weil ihr darauf ankam, und weil sie sowohl wie die Mehrheitsparteien dieses Bestreben so deutlich in dem überaus komplizierten Wahlverfahren ausgedrückt haben, muß es auf der andern Seite den Versicherten darauf ankommen, ebenfalls „Gesiebte“ nach Berlin zu senden! Aber das kann nur geschehen, wenn die Wahlen bei den Krankenkassen mit der größten Vorsicht vorbereitet werden; darauf kommt alles an, davon hängt alles ab. Wenn unsere Arbeiterorganisationen sich dort nachlässig zeigen, dann ist nachher nichts mehr zu retten. Man sehe sich einmal an, wie das Reichsversicherungsamt seine Geschäfte führt: die Spruchsenate (bei den Versicherungsämtern hatten wir „Ausschüsse“, bei den Oberversicherungsämtern wurden es schon „Kammern“ und beim Reichsversicherungsamt sind es gar — ach wie vornehm! — „Senate“), also die Spruchsenate bestehen aus einem Vorsitzenden, einem ständigen Mitglied, zwei hinzugezogenen richterlichen Beamten, einem vom Bundesrat gewählten nichtständigen Mitglied und je einem Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter, zusammen also 7 Personen. Von diesen 7 Personen gehören 6 den herrschenden Klassen, den kapitalistischen Kreisen an, nur ein einziger ist da, der selbst Arbeiter ist oder gewesen ist, proletarische Lebens- und Denkweise aus eigener Erfahrung kennt. Wenn der nun noch ein Schafskopf ist oder ein Kniebein, dann wäre es besser, er wäre überhaupt nicht da! An die Stelle der Arbeitervertreter bei dem Reichsversicherungsamt gehören Männer, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, die ein steifes Rückgrat besitzen und gerade genug Beweglichkeit ihres Mundwerkes, um das, was sie denken und fühlen, auch richtig vorzutragen. Fern sei es von uns, nach einem alten Spruche, wonach man die Krakeeler auf das Rathaus senden soll, etwa die Wahl von sogenannten „Revolverknäuzen“ als Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt empfehlen zu wollen; ganz und gar nicht. Gerade weil diese Vertreter in einer hilflosen, vollständig hilflosen Minorität sind, können sie nur wirken, wenn sie tiefste Sachkenntnis mit einem ethisch hochwertigen Charakter und einer goldenen Rücksichtslosigkeit verbinden. Es muß eine Elitegruppe sein, die nach Berlin an das Reichsversicherungsamt wandert, so wie es bisher schon eine Elitegruppe gewesen ist.

Neben dem Reichsversicherungsamt gibt es aber auch noch im Behördenaufbau Landesversicherungsämter. Dieses Zugeständnis an den Partikularismus glaubte man nun wieder einmal machen zu müssen. Aber an welchen Partikularismus? Etwa an den süddeutschen? Keine Spur! Nichts anderes liegt der Weiterexistenz der Landesämter zugrunde als der Wunsch der unter preussischer Führung stehenden Reaktionsäre, auch in den Reichsversicherungsfragen Sonderinteressen besonders kräftig vertreten zu können. Landesversicherungsämter können dort, wo sie bereits vor dem neuen Gesetz errichtet waren, bestehen bleiben, solange zu ihrem Bereiche mindestens je 4 Oberversicherungsämter gehören. Ein solches Versicherungsamt tritt für seinen Geltungsbereich an Stelle des Reichsversicherungsamtes, soweit das Gesetz es vorschreibt.

## Intimes aus dem Machtbereich der Elektromagneten.

Im Juni 1906 erhielten die Verbraucher elektrischer Maschinen und Apparate ein Birkular ins Haus geschickt, das unterzeichnet war von den damaligen maßgebenden Firmen der Elektroindustrie. In diesem Rundschreiben wurde mitgeteilt, daß „wegen allgemeinen Steigens der Rohmaterialien und Löhne die Preise für Strommaschinen und Motoren sowie für Transformatorn, Regulatorn und Anlagapparate um 15 Prozent erhöht werden müßten“. Es ist zwar nicht richtig, daß in Wirklichkeit auch die Arbeiter damals 15 Proz. Lohnzulage erhalten haben, die Industriellen jedoch benutzten dieses Argument, um bei ihren Käufern eine solche Preissteigerung durchdrücken zu können.

Das besagte Rundschreiben war die Ausführung eines Beschlusses, der von der Vereinigung deutscher Elektrizitätsfirmen gefaßt worden war. Diese Vereinigung hatte den Zweck, die bekannte

„Nahrung gemeinsamer Interessen deutscher produzierender Elektrizitätsfirmen und insbesondere die Selbstführung und Aufrechterhaltung angemessener Preise für deren Erzeugnisse“ durchzuführen. Es waren die zwölf größten Firmen der Elektrotechnik, die sich hier zu einem Tun vereinigten und regelmäßig ihre Vertreter zu den Sitzungen nach Berlin schickten. Auch gemäßlich muß es in diesem Kreise gewesen sein, denn die Teilnehmer bezeichneten ihre Zusammenkunft als „T r ü b s t ü c k s v e r e i n i g u n g“, wohl weil nach erfolgter Besprechung „ein leeres Maß traulich die Ecken betonte“.

Über die Kleinen hatten bald das dumpfe Bewußtsein, daß es mit den „allgemeinen Interessen“ dieser Preisvereinbarungen wohl nicht weit her sei, daß es sich in Wirklichkeit nur um die Verkaufs- politik und Preisstreiterei im Interesse der ganz Großen handelte. An der einen Seite der Tafelrunde verbreitete sich das Gerücht, daß innerhalb des Stabsrates noch ein Geheimartikel für sich besteht, zu dem Zweck, den Kleinfirmen das Fell über die Ohren zu ziehen. Durch einen Zufall ist dann die Existenz dieses Geheimartikels der Öffentlichkeit bekannt geworden. Als wieder einmal die „T r ü b s t ü c k s v e r e i n i g u n g“ in Berlin tagte, zog der Firmenvertreter des Sachsenwerkes (Dresden) ein Schriftstück aus der Tasche, eine Anweisung der Direktion von Siemens-Schuckert an die Beamten dieses Werkes, bei der Preisabgabe von Projekten „die Sachverständigen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und zu sorgen, daß die Aufträge nicht an die Sachsenwerke fallen“.

Eine schöne „Nahrung gemeinsamer Interessen“! Der Vertreter der Siemens-Schuckert-Werke, zur Rede gestellt, sagte, wie bei solchen Fällen üblich, nicht „ja“ und nicht „nein“, sondern wollte den Namen des schuldigen Beamten wissen, der den „Vertrauensbruch“ begangen hatte.

Die Geschichte ging weiter: Die genauen Bestimmungen eines Geheimartikels wurden bekannt. Die Metallarbeiter-Zeitung hatte darüber seinerzeit auch berichtet. Die Siemens-Schuckert-Werke, der Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft-Konzern und die Bahmeyer-Feldens-Gesellschaft bildeten aus ihren Vertretern eine Kommission, die nach Abgabe der Fabrikationsverhältnisse jedem Wert bestimmte Projekte zuweist. Die Übernahme eines jeden Auftrages wird verbindlich. Eine Firma ist die „geschätzte“, die beiden andern sind die „schätzbareren“ Werke. Zwei Schein werden drei Angebote gemacht, im Wettbewerb ist das Projekt nur einmal kalkulatorisch ausgearbeitet, und zwar von der „geschätzten“ Firma, die beiden andern geben höhere Preise ab.

Der Zweck der Übung war, nicht miteinander in Wettbewerb zu treten, sondern sich in den Kampf zu teilen. Mit allem Raffinement wurde die Konkurrenz ausgeschaltet, der Absatzmarkt monopolistisch zu erobern gesucht.

Durch diese „Preispolitik“ haben nicht nur Privatabnehmer, sondern auch Staatsbehörden und Kommunalverwaltungen schwer bluten müssen. Waren die drei Großfirmen ihrer Sache sicher, daß keine Außenländer in Wettbewerb standen, so wurden vornehm hohe Preise abgeben, im andern Fall wurde jeder Preis unterboten. Die Erfolge sind demnach nicht ausgefallen, die Großen haben die Kleinen auch hier im Konkurrenzkampf niedergeschlagen und überhanden.

Nun wendet sich einer der Meisterten an die Öffentlichkeit. Ernst Heinrich Geiß, der Gründer der E. G. Geiß-Elektrizitäts- Aktiengesellschaft in Köln, veröffentlichte kürzlich eine Broschüre: „Der Konkurrenzkampf in der Elektrotechnik und das Geheimartikel“ (Verlag von Degener in Leipzig, Preis 1 A.). Eine Materialzusammenstellung über den Preisbewegungen der Konkurrenzkämpfe wird darin gegeben, Zusammenfassungen aus dem Nachbereich der Elektromagneten.

Königliche plante Geschäftsstellen kommt dabei zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Anlässlich einer Submision für das Elektrizitäts- werk Frankfurt a. M. stellte Geiß mit den Großfirmen einen Preisvergleich an. Er veröffentlichte ein paar Maschinen aus dem Preisvergleich. Und nun wurde das Geiß-Werk speziell aufs Korn genommen. So Geiß sich zeigte mit seinen Offerten, wurde seine Fabrikationsfähigkeit distibuiert, man sprengte das Gerücht über seine finanziellen Schwierigkeiten aus und sagte ihm von allen Dingen nichts zu hören. Scheinpreise wurden abgegeben und wenn auch Aufträge mit Preisunterbieten eingeholt wurden, so konnte ja der Gewinn durch andere Maschinen wieder gedeckt werden: Finanzierungen, Ausgleichleistungen von Fabrikanten, die nicht in den Projekten mit eingerechnet waren. Durch irgend einen Trick wurde man den Komponenten doch wieder übers Ohr haue, die Gemischnische Geiß, Geiß die Aufträge wegzuschleppen. Geiß behauptet, daß ihm durch die bekannte schändliche Politik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Siemens-Schuckert-Werke für etwa 6 Millionen Mark Aufträge weggeklappt wurden, was einem Produktionsverlust von 15 Millionen Mark gleichkommt. Die Firma Geiß hat Liquidieren müssen und Geiß selbst will nun, da er mit seinen wirtschaftlichen Gegnern nicht wirtschaftlich fertig geworden ist, durch einen Appell an die Presse „die öffentliche Meinung“ gegen das Geschäftsgeheim der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke aufbringen, was ihm allerdings nicht viel nützen wird. Denn es ist das kapitalistische Herrschaft, das hier geherrscht wird, die Entwürdigung in der Elektrotechnik führt zur Trägheit und es treten immer härtere Formen hervor, die an die gefährlichsten Umgestaltungsformen der atomaren Kraft erinnern.

Das sind die Ergebnisse, die sich aus der Preispolitik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke an der Elektrotechnik veranschaulicht werden. Diese Preispolitik ist nicht nur für die kleinen Firmen, sondern auch für die großen Firmen ein Verhängnis. Die kleinen Firmen sind durch die Preispolitik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke in die größte Gefahr verfallen. Die kleinen Firmen sind durch die Preispolitik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke in die größte Gefahr verfallen. Die kleinen Firmen sind durch die Preispolitik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke in die größte Gefahr verfallen.

Auch in der Elektrotechnik wird man die Preise und Preisunterbieten durch die Preispolitik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke in die größte Gefahr verfallen. Die kleinen Firmen sind durch die Preispolitik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke in die größte Gefahr verfallen.

### Die Unternehmerverbände.

Das Reichs-Verbandsamt veröffentlichte in Nr. 6/1911 die Statistik der Arbeitgeberverbände zu Beginn des Jahres 1911, was nach der gegenüber 1910 eine weitere Ausdehnung und Erweiterung erkennen lassen. Die Statistik bezieht sich auf 1910: 24 Reichsverbände, 474 (wie 1910) Landes- oder Bezirksverbände und 2361

(2055) Ortsverbände mit 127 424 (115 095) Mitgliedern, die 4 027 440 (3 854 680) Arbeiter beschäftigen. Gegenüber dem Stande anfangs 1910 ergibt sich eine Vermehrung um 315 Verbände, 12 329 Mitglieder und 172 760 Arbeiter. Die einzelnen Berufsgruppen haben daran folgenden Anteil:

	1911		1910	
	Mitglieder	Arbeiter	Mitglieder	Arbeiter
Landwirtschaft u. f. w.	12637	77082	5940	31080
Bergbau u. f. w.	250	455401	248	451288
Industrie der Steine und Erden	3094	196511	3781	193150
Metallarbeiter, Zim. d. Metall. u. chemische Industrie, Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte	13258	749885	12898	754310
Textilindustrie	104	23858	105	24084
Papierindustrie	8302	492829	612	473409
Leberrindustrie u. Industrie leberrart. Stoffe	869	49280	408	45931
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	1814	14889	1228	12858
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	4986	65387	5112	68255
Bekleidungsindustrie, Reinigungsindustrie	10445	184284	8031	126700
Baugewerbe	91440	112588	4978	60820
Poligraphische Gewerbe	51882	448845	51088	525192
Handelsgewerbe, Verkehrsgewerbe	5468	75656	5551	79295
Gas- und Schachthütten	8886	96003	3028	100671
Freie Berufe (Theater, Musik)	404	890	834	28000
Gemischte Verbände	514	25000	508	887898
Gemischte Verbände	5621	959142	11828	—

Eine erhebliche Zunahme haben zu verzeichnen die Landwirtschaft mit 46 002 Arbeitern, die Textilindustrie mit 19 420 Arbeitern, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 57 554 Arbeitern und das Bekleidungs- und Reinigungsindustrie mit 51 768 Arbeitern. Ein Verlust ziemlichen Umfangs wird vom Baugewerbe verzeichnet. Es ist dort ein Minus von 76 287 Arbeitern festgestellt, der Verlust erklärt diesen Rückgang mit dem bekannten, während der vorjährigen Bauarbeiterausbreitung erfolgten Austritt der Berliner Baugeschäfte aus der Gesamtorganisation. Die Organisationen der Unternehmer haben also im allgemeinen im Berichtsjahre 1910 erheblich an Ausdehnung zugenommen.

In der Metall- und Maschinenindustrie sind die Reichsverbände mit 16 gleichgeblieben, die Landes- oder Bezirksverbände von 80 auf 96 gestiegen, die Ortsverbände dagegen von 72 auf 71 zurückgegangen; die Mitgliederzahl ist von 12 398 auf 13 258 und die Zahl der in den Verbänden beschäftigten Arbeiter ist um 4425 von 754 310 auf 749 885 zurückgegangen. In den Tabellen werden folgende Arbeitgeberverbände der Metallindustrie angeführt:

	Mitglieder	Arbeiter
1. Reichsverbände:		
Gesamtsverband deutscher Metallindustrieller, Berlin	3922	488873
Verband deutscher Eisenindustrieller, Düsseldorf	562	76000
Gruppe deutscher Schmiedewerke, Hamburg	25	36000
Verband der Flüssigkeitsmaschinenbauern Deutschlands, Hamburg	112	1210
Verband der Kupferhüttenbauern Deutschlands, Hannover	662	3000
Arbeitsverband der deutschen Eisenindustriellen, Köln	14	615
Gesamtsvereinigung der Metallbearbeitungs-Industriellen Deutschlands, Berlin	56	5000
Verband der Drahtindustriellen Deutschlands, Tempelhof	147	5000
Verband der elektrischen Maschinenbauern Deutschlands, Frankfurt a. M.	490	—
Verband selbständiger deutscher Metallarbeiter, Klemmer und Kupferindustrie, Eingetragener Verein, Düsseldorf	3900	10000
Vereinigung von Arbeitgebern der deutschen Metallindustrie und verwandter Industriezweige, Pforzheim	720	28453
Schmiedeverb. f. d. Rheinl., d. Siedl., d. Schmied., d. Schloßer, Löhner, Sotler u. Löhner, Rheinl. u. Siedl., Berlin	—	—
Arbeitsverband der deutschen Schmiedewerke und verwandter Gewerbe, Berlin	772	7200
Zweigschmied. Hüttenwerke Deutschlands, Eing. Ver., Berlin	144	1500
Schmiedeverband deutscher Maschinenbauindustrieller, Berlin	50	800
Verband der Orgelbauern Deutschlands, Stuttgart	45	1000
2. Landes- und Bezirksverbände	5490	548498
3. Ortsverbände	3271	89065
Zusammen	13362	749885

Der Verband mit dem langen Namen (für Wagnen u. c.) ist erst in der Einführung begriffen und können daher weitere Angaben darüber nicht gemacht werden. Der überwiegend flächige Reichsverband ist, wie aus der vorstehenden Uebersicht zu ersehen, der der deutschen Metallindustriellen, den man bekanntlich früher nur den Verband der Metallarbeiter nach dem Vorsitzenden Rühnenauer (Berlin) benannte. Die Lokalkassen bedürfen insofern der Erläuterung, als Mehrzahl derselben dort enthalten sind und so die Zahl der Mitglieder sich auf 13 258 reduziert, während die Zahl der Arbeiter ebenfalls viel höher sein würde, wenn man nur die Einzelangaben abbildete, da in den Zahlen der Landes-, Bezirks- und Ortsverbände 455 504 enthalten sind, die bereits in den Zahlen der Reichsverbände figurieren.

Die Uebersicht über die geographische Verteilung ergibt für die Metall- und Maschinenindustrie folgende Verhältnisse: Stadt Berlin 17 Verbände, wovon 16 berichtigten über 1343 Mitglieder und 112 644 Arbeiter; Oppenheim 1 Verband mit 17 Mitgliedern und 24 Arbeitern; Westpreußen 2 Verbände mit 51 Mitgliedern und 12 818 Arbeitern; Braunschweig 2 Verbände mit 35 Mitgliedern und 9100 Arbeitern; Hannover 3 Verbände mit 31 Mitgliedern und 11 315 Arbeitern; Posen 1 mit 16 und 25; Schlesien 6 mit 152 und 14 186; Provinz Sachsen 5 (wovon nur 4 berichtigten) mit 203 und 24 369 (2 Verbände teilten die Arbeiterzahl nicht mit); Schleswig-Holstein 1 mit 15 und 7000; Hannover 7 mit 140 und 14 287; Westfalen 12 (5) mit 151 und 3384; Hessen-Nassau 6 (5) mit 523 und 14 838; Rheinland 34 (26) mit 1109 und 39 089; Großherzogtum 1 ohne weitere Angaben; Bayern rechts des Rheins 10 (9) mit 545 und 33 925; Bayern links des Rheins 2 mit 10, Sachsen 9 mit 547 und 56 121; Württemberg 8 (5) mit 324 und (3) 24 275; Baden 11 (9) mit 655 und (5) 48 642; Württemberg-Schwaben 1 mit 21; Rheinprovinz 2 mit 31 und 6572; Anhalt 1 mit 24 und 6039; Pommern 4 mit 107 und 3720; Bremen 3 mit 97 und 14 437; Hamburg 7 mit 538 und 4397; Oldenburg 1 Verband mit 38 Mitgliedern. Kürzlich enthält der Arbeiterverband größte Teil der Organisations der Metallindustriellen wie der Unternehmer zusammen auf Preußen, und hier stehen für die Metallindustriellen die Provinzen Sachsen, Rheinland, Hessen-Nassau, Schlesien und Hannover an der Spitze, denn folgen von den übrigen Bundesstaaten das Königreich Sachsen, Baden, Bayern, Württemberg, Bremen u. f. w.

Für die Uebersicht über die Verteilung der Ortsverbände nach Ortsgrößenklassen sind sechs Größenklassen aufgestellt, auf die sich die Organisationen der Metallindustriellen so verteilen: 10 Verbände (36 berichtigten) mit 2334 Mitgliedern und 48 601 Arbeitern (wovon nur 23 Verbände berichtigten) auf die Größenklasse; 22 (1) mit 874 und (7) 13 698 auf die Mittelklasse; 6 (1) mit 53 Mitgliedern und (1) 1815 Arbeitern auf Klein-klasse; 3 (1) mit 10 und (1) 551 auf Großklasse.

Interessant ist die Abwesenheit der Zahl der in den von Unternehmerorganisationen erfassten Betrieben beschäftigten Arbeiter mit der Zahl der in den betreffenden Jahresgruppen ge-

werksmäßig organisierten Arbeiter, wobei aber neben den freien Gewerkschaften auch die „christlichen“ und die „Kirch- und Dandischen Gewerbevereine“ berücksichtigt sind. Danach war das Verhältnis folgendes:

	Zahl der	
	in den Verbänden organisierten Arbeiter	gewerkschaftlich organisierten Arbeiter
Bergbau	455 401	209 905
Industrie der Steine und Erden	196 511	53 794
Metall- und Maschinenindustrie	749 885	561 859
Textilindustrie	492 829	164 565
Leberrindustrie	14 839	41 928
Holzindustrie	65 387	195 849
Nahrungs- und Genussmittel	184 254	118 567
Bekleidungsindustrie	96 841	115 672
Baugewerbe	448 845	422 147
Poligraphische Gewerbe	75 656	101 261
Handels- und Verkehrsgewerbe	96 003	152 954

In fünf Industriegruppen ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter größer als die Zahl der von den Arbeitgeberverbänden erfassten Arbeiter, in der Leberindustrie um das Dreifache. In der Metall- und Maschinenindustrie bleibt zwar die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinter der Zahl der in den Verbänden beschäftigten Arbeiter zurück, aber das Verhältnis ist ein für die Gewerkschaften durchaus nicht ungünstiges und es verbessert sich noch weiter für sie mit der fortschreitenden Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Darum hat auch die Organisation der Unternehmer nichts Erschreckendes an sich für uns. Es steht eben Macht gegen Macht, und schließlich verhält es sich mit den organisierten Unternehmern für die Gewerkschaft wie mit den organisierten Arbeitern für die Unternehmer: sie haben mehr geistige Disziplin und Einsicht als die unorganisierten und man kann sich daher leichter mit ihnen verständigen als mit diesen. Das beweist auch die Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre. Die Hauptsache ist, daß das Wachstum der Gewerkschaften nicht zurückbleibt hinter dem Wachstum der Unternehmerverbände, und darum heißt es für uns nach wie vor, uner müdliche Agitations- und Organisationsarbeit zu leisten, um diese Fortschritte zu machen.

### Die Nadelstadt.

Arnstadt! Für Jöhlershausen umfängen! Nur wenig Personen folgen dem drohenden Aufste. Einige hartgegründete, unter Tragflächen leuchtende Bauernfrauen, zwei vier-schichtige Proletariatsgestalten und ein Gendarm mit einem Gefangenen, einen jungen, ledigen Burschen, verlassen schließend den eisernen Strang des Weltverkehrs, um sich auf der andern Seite des Bahndammes, im Stationsgebäude der Jöhlershäuser Nimmelsbahn, wieder zu sammeln. Die Schienenläufe zwischen Staats- und Lokalbahn scheitern zwei Welten zu trennen: Auf der andern Seite der Klüft winkt einladend der Bergkette des schönen Thüringer Waldes, der Jöhlersberg, mit seinen schattigen Abhängen, von den drei Gleichen säufelt eine anziehende, fesselnbe, sanfte Melodie von längst verflungenen Zeiten, von Geliebten, gruseligen Sagen und schönen Ritterfrauen; diesseits liegt eine strasse, eintönige, hunklige Ebene, die von staubigen Landstraßen und dem elend Inarrenden Wädhchen durch-furcht wird. Schwarze Rauchschwärme fliegen über die Flur. Jöhlershausen hinter den Weidenblühen müssen sich Fabriken befinden. Die Abnung wird bald zur Gewißheit. Nach viertelstündiger quetschender Fahrt macht das Zuglein mit einem häßlichen Ruck Halt. Wir sind in Jöhlershausen, der Nadelstadt. Eine kapitalistische Föhle, ein Klassenstaat im Kleinen ist dieses Jöhlershausen. Die Schürze der Klassengegensätze schlägt allenthalben ins Auge. Wie draußen im Lande im Großen, so haben sich die Menschen hier im Kleinen in scharf umgrenzte Klassen eingeschichtet: Die scharfe Spitze der ökonomischen Pyramide bilden die Fabrikbeamten, die dünne Mittelschicht eine Handvoll Oekonomien, und den alles tragenden Unterbau die Arbeiterklasse der Nadelfabrik. Ferner: Der nur ein paar tausend Köpfe zählende Ort hat gleich zwei solide Warburgen der kapitalistischen Herrschaft: eine Bastille des Kapitals, die Nadelfabrik, und eine Bastille des politischen Staates, die Strafanstalt. Aus beiden, aus der Fabrik und aus dem Gefängnis, quellen dem Unternehmertum fortlaufend gute Profite.

Nachgerade die gesamte Einwohnerschaft des Ortes, Männer, Frauen, Kinder und Sträflinge, stehen im direkten Dienst der Nadel-fabrik. Von den Männern werden die Nadeln geschmitten, gehärtet, gemascht, von den Jungen „geschleift“, von den Schulkindern daheim angehängelt, von den Frauen „behöhlegt“, fortirt und verpackt, und einer Steinwurf weiter, hinter vergitterten Fenstern, von den Gefangenen „weich gelopft“. Die Kinder werden in den schulfreien Stunden ins Fach der Nadelfabrik gespannt, der Ehemann hält es für selbstverständlich, daß seine Frau ständig mit in die Werkstatt geht, der Halbbruder hofft sein Defizit an Bargeld durch die Arbeit bei Wolf, Knippenberg & Co. zu decken. Jung und alt, Freie und Unfreie machen Nadeln. Der Gebante, ohne die Nadel-fabrikarbeit auszukommen, kann nur bei herzlich wenig Jöhlershäusern kelmen. In ihr streben sie von Kindesbeinen an, ihre letzte Seil-fahrt geht an den verirrten Wädhleinbänden vorüber, und die schnurrenden Maschinen spielen ihnen den Grabesmarsch.

Die Nadelstadt hat eine besondere, wenn auch nicht ungewöhnliche Geschichte: Dort, wo vor einem halben Jahrhundert sich Bauern und Knechte um ein großes Gut stritten und ein Häuflein Textil-arbeiter in einer kleinen Hube Walle kümmerlich, begannen zwei Leute die Nadelfabrikation. Ein günstiger Stern begleitete das Unter-nehmen fast immer. Die Fabrik entwickelte sich. Die ansehnlichen Arbeitskräfte reichten bald nicht mehr aus. Die wachsende Fabrik-stadt, die junge Tochter des Kapitalismus, mit ihren gleichen Lippen und langen hagern Armen, lockte nach mehr Menschen für ihre Sieten. Im Thüringer Land gab es schollenlose Proletariat und verarmte Kleinbauern genug, die dem Ruf folgten. So groß auch ihre Anhänglichkeit ans heimliche Dörfchen war, so sehr sie auch seine Trümpfen Gassen mit den übrigen Wädhleinbäuern liebten, ans neuen nachbarliche Freundschaft und Hilfsbereitschaft blühten, die Stimme der wirtschaftlichen Not konnte dadurch nicht zum Schweigen gebracht werden. Der Drang zur Selbsterhaltung trieb hinaus auf die Suche nach Arbeit und Brot. Mit leichtem Bündel, schmerzigen Herzen und großen Hoffnungen zogen sie ins Geretal, die einen nach Erfurt, die anderen nach Jöhlershausen. Sie brachten viel Arbeitslust und eine Gesundheit mit, die in deutschen Landen so leicht nicht wieder zu finden ist. Freilich erfüllten sich die Er-wartungen nicht. Der Lohn im neuen Arbeitsplatz fiel noch ge-ringer aus, als ihn die Bescheldigkeit des thüringischen Proletariats zuließ. Zu ändern war nun nichts mehr. Einmal losgelöst von dem vertrauten Boden des Heimatdorfes, ohne Heim und Land und Mittel, blieb nichts weiter übrig, als mit dem fürchten zu nehmen, was das Schicksal oder der neue Brotherr zu geben bereit war. Sie

leben sich ein, vergaßen die Vergangenheit, und gewöhnten sich an die Fesseln, die den Fabrikproletarier binden. Was der Mann nicht schaffen konnte, mußte durch die Arbeit der Frau und Kinder erbracht werden. Natürlich konnte auch damit der Wolf nicht bauernd von der Tür gehalten werden. Die Tätigkeit aller Glieder der Familie hatte letzten Endes weiter nichts zur Folge, als daß das gemeinsame Einkommen bis auf den Ein-Manns-Lohn herabsank, daß es ständig um die Hungergrenze pendelte. Da einmal angelangt, gab es keine Besserung mehr. Frau und Kinder sollten der Fabrik nur vorübergehend den kleinen Finger reichen, und sie sollten sich unversehens von ihr mit Leib und Seele fürs ganze Leben unklammern. So konnte es im Laufe der Jahrzehnte zur Selbstverständlichkeit werden, daß alt und jung von der Wiege bis zur Wiege der Fabrik gehörten, daß sie allgemach zu ihrem lebenden Inventar wurden, daß Fätershäuser und Nadelmacher synonym, ein Begriff geworden sind.

In der Nadelstadt ist ein Menschenschlag mit eigener Fachsprache und originellen Typen entstanden. Dem scharfen Auge scheint, es könnte am Gang, an Sprache, Bewegung, Geste und Körperform der Menschen deren Beschäftigungsart erraten. Die lebenslängliche eintönige Arbeit bestimmt die Redeweise, formt den Geist, schmiedet die Gestalt; der monotone Arbeitsprozeß hat die Glieder gestaltet, sie den Maschinenteilen und Werkzeugen angepaßt, und die Körperbewegung geregelt, systematisiert, zielbewußt, rational gemacht. Was die Väter dachten, schafften und redeten, ging auf die Kinder, und von diesen auf die Enkel über. Vererbung und lebenslängliche Übung haben den Nadelarbeiter zu einem wahren Virtuosen in seinem Fach gemacht. Aus dieser Virtuosität und dem Fleiß und der Bedürfnislosigkeit der Nadelarbeiter sind den Unternehmern Reichtum und Macht geworden.

Ob sich dessen das proletarische Volkchen der Nadelstadt voll bewußt ist? Zutweilen will es scheinen, als ob es nicht der Fall wäre. Wenigstens muß man zu dieser Annahme kommen, wenn man für *N a d e l* als einen guten Wochenlohn mit einem Gefühl von Stolz und Reiz verklären hört. Und der Frauen sind nicht viele, die diesen Verdienst stänbig haben. Die Mehrzahl wäre schon herzlich froh, wenn sie an jedem Wochenende zwölf Mark mit heimnehmen könnte. Die Lohnlücke der Nadelarbeiterinnen birgt am Sonnabend nur sechs bis zehn Mark. Ein Raum mit einem dauernden Wochenlohn von fünfzehn bis zwanzig Mark ist ein vielbeachteter Krösus. Interessant wäre es zu wissen, wieviel von den erwachsenen Arbeitern über fünfzehn Mark wöchentlich verdienen. Über die Schattenseiten des Bildes, das die Lohnsummen erkennen lassen, werden noch düsterer, wenn die Abhängigkeit der Nadelarbeiter in Rechnung gestellt wird. Wer es mit dem Fabrikgehaltigen oder seinen Beamten verdirbt, steht vor der Wahl, entweder zu hungern, oder nach auswärts auf Arbeit zu gehen, oder abzuwandern. Die Aussicht, den letzten Rest, den sie, die Mütterchen, oder ihre Väter in langen Jahren erhurgert haben, an den Erstbesten loszuschlagen und in die Welt gehen zu müssen, heißt viele das harte Loch ruhig und ergeben tragen. Für den entlassenen Nadelarbeiter ist in Fätershäuser keine offene Stelle mehr. Zwar hat es an Verfügen nicht gefehlt, andere Fabriken am Ort zu errichten. Die Bedürfnislosigkeit der eingeborenen Bevölkerung und die leichte Möglichkeit, billige und willige Arbeitskräfte aus dem Hinterland zu führen, herbeizujagen, sind Ansporn genug für das Industriekapital. Wenn noch ehe der Fall der Neubauten seine weiße Farbe ganz verloren hatte, wurden sie von den Westkern der Nadelfabrik im wohlverstandenen Interesse aufgekauft und zu Arbeiterwohnungen umgewandelt. Dadurch wurde die Gefahr, ein Konkurrenzgeschäft in nächster Nähe zu bekommen, beschworen, und besonders: den Nadelarbeitern wurde die Erwerbsmöglichkeit am Orte unterbunden.

Der alte Erfahrungssatz: Je schneller ein Unternehmer zu Reichtum kommt, je brutaler weißt er die Forderungen der Arbeiter ab, erhöht in diesen Tagen in Fätershäuser eine neue Bestätigung. Eine sehr kleine Zahl Schleißer ersucht um eine Lohnerhöhung von zehn Prozent. Das würde für das große Unternehmen eine jährliche Mehrausgabe von etwa tausend Mark ausmachen. Die bescheidene Forderung wurde von den Fabrikbesitzern mit der Drohung, sechs Prozent des gesamten Personals auszulassen, beantwortet. Ob dies ein Bluff sein sollte, oder ob ernste Absicht gleich dahinter stand, soll hier nicht untersucht werden. Sei dem nun wie ihm wolle, jedenfalls ist von der gewöhnlichen Wirkung auf die Ausgebeuteten der Nadelfabrik verteuert wenig zu spüren. Ihnen, die von Kindesbeinen an zwangswise an äußerste Einschränkung gewöhnt wurden, kann es füglich auf ein bißchen mehr oder weniger nicht ankommen. Ihre Bedürfnislosigkeit gestattet ihnen, Maßnahmen der Unternehmer mit der Gleichgültigkeit eines Fellaachen zu erwarten.

Wer soll den gelbigen Mehlwert schaffen, wenn diese genügsamen Arbeitsschienen die Hände ruhen lassen? Wäre die Herbeizujagung von Ersatz möglich, so wäre es jedenfalls ohne Vorteil für den Döberdenberger. Der Fätershäuser Nadelarbeiter Geschick, Fleiß und Bescheidenheit stehen außer Konkurrenz. Und das qualifizierte Arbeiter von anderswo zu Hunderten herbeizuströmen, um sich im Interesse eines noch höheren Reingehalts für Fabrikanten im Schwärzen des Hungerriemens zu üben, hat nicht viel Wahrscheinlichkeit für sich. So kräftig auch die Werbetrömmel gerührt werden sollte, billiger, geschickter und fleißiger Arbeitskräfte als die in Fätershäuser sind nicht aufzutreiben, aus dem einfachen Grunde, weil sie noch nicht geboren sind. Wie man sieht, kann die verdamnte Bedürfnislosigkeit schließlich einen solchen Grad erreichen, daß Drohungen und Angriffe des Ausbeuterhums zur Sophisterei verdammt bleiben müssen. Werbtungs ist dadurch der immense Schaden, den sie für das aufstrebende Proletariat bildet, nicht gemindert.

Wiederholt ist versucht worden, Arbeiter aus Westfalen oder dem Ausland in Fätershäuser anzuführen. Mit herzlich geringem Erfolg. Mit jedem Jahrtag wurde die Lust der Fremden, zu bleiben, kleiner. Der Inhalt der Fleischhöpfe von Knippenberg & Co. sagt eben nicht jedem zu; er hat eine betart eigenartige Wirkung, daß er als interessantestes Problem der Naturphilosophie betrachtet werden kann: Wer davon ist, bekommt leeren Beutel, Lauffieder und kleine Beine, so daß das Fortlaufen aus dem Döberdenberger fällt und rosigere Gesichte ausläßt als das Herbeikommen. Das ist eigentlich schade. Das Allgemeininteresse der Nadelarbeiterschaft gebietet, die Zuwanderung und das Bleiben fremder Industriearbeiter zu wünschen. Nicht nur vereinzelt, nein zu Duzenden sollten sie kommen und bleiben. Frisches, unruhiges Blut braucht Fätershäuser ebenso notwendig wie Nadeldraht. Fremde Metallarbeiter, sei es aus Wien oder Herborn, müssen, darüber kann kaum ein Zweifel aufkommen, über kurz oder lang für diese kapitalistische Fäule zu Sprengpulver werden. Mit der sprichwörtlichen Genügsamkeit, Bescheidenheit und Ruhe wäre es dann auch in Fätershäuser vorbei.

Nächstes Jahr will die Fätershäuser Nadelfabrik ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern. Bei dieser Gelegenheit wird sehr wahrscheinlich mit dem allgemein üblichen Brimborium aufgewartet werden. Man wird die Legenden, den Fleiß, Sparsam und das Geschick des Unternehmertums im allgemeinen, das gute Herz für Arbeiterchaft, Heimat und Vaterland der Knippenberge im besonderen kreischend verkünden. Wenn dieser Jungensplatz verflungen ist, sollte ein Ausgebeuteter aufstehen und laut das proklamieren,

was ihm in den Stunden der Fron so oft durch den Kopf gegangen ist:

Wir, die Arbeiter, haben Fätershäuser groß gemacht, wir haben die Fabriken gebaut, die Maschinen herbeigebracht und in Bewegung gesetzt, den Draht verarbeitet, die Nadeln unfertig, verpackt und versandt, aus unserm Fleiß, Geschick und unserer Bedürfnislosigkeit sind den nichtarbeitenden Kapitalisten ihre Reichtümer und hohen Abwänden geworden. Der Wohlstand und dem Vermögen der Unternehmer sind die Tugenden und die freien Stunden unserer Kinder, die Schönheit und Ruhe unserer Frauen, und unsere Kraft, Schwelch und Leben geopfert worden. Ueber aller Fron für den Fabrikherrn waren wir gutmütig genug, nicht an uns selbst zu denken. Diese Vergeßlichkeit machte es möglich, daß der reiche Kapitalist immer reicher wurde, und wir, die Arbeiter, arm blieben; daß unser *K e a l* Lohn heute nicht höher ist als ehemals; daß wir noch ebenso gedrückt, abhängig und ausgebeutet sind, wie unsere Väter es waren. Der jährliche Reingehalt von 276 057,88 *M.* ist der geronnene Schwelch, der unbezahlte Lohn der Arbeiterschaft. Die Geschichte der Entwicklung der Nadelfabrik ist die Geschichte unserer eigenen Ausbeutung, unserer Arbeitsamkeit und unser Armut. Nichts mehr und nichts weniger.

### Arbeitslosigkeit im 2. Vierteljahr 1911.

An den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Verbandes beteiligten sich im zweiten Vierteljahr 1911 433 Ortsverbände, die eine Mitgliederzahl von 474 221 männlichen und 25 147 weiblichen Personen umfassen. Verschiedene Ortsverbände haben die Berichtarten nicht rechtzeitig eingehandt und kamen daher für die Bearbeitung des Zahlenmaterials nicht in Betracht. Als arbeitslos gemeldet wurden von den 433 Ortsverbänden 27 528 Mitglieder gegen 44 266 im ersten Vierteljahr und 28 578 im zweiten Vierteljahr 1910. Die Prozentzahl der Arbeitslosen zur jeweiligen Mitgliederzahl betrug 5,6 gegen 9,2 im ersten Vierteljahr 1911 und 6,5 im zweiten Vierteljahr 1910. Die Arbeitslosigkeit hat sich danach nicht unerheblich vermindert. Am letzten Arbeitstag der vierten Vierteljahrswoche waren am Ort 7004 Arbeitslose, am Schlusse der achten Woche waren 6758 Arbeitslose vorhanden, am Schlusse des Vierteljahres belief sich ihre Zahl auf 5636. Im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl betrug die Arbeitslosigkeit an diesen drei Stichtagen 1,4 Prozent, 1,3 Prozent, 1,1 Prozent. Reisende wurden an diesen drei Stichtagen 1011, 1002 und 1000 gezählt. Die Zahl der Reisenden ist also im ganzen Vierteljahr fast vollständig gleichgeblieben.

Zunächst ist im vorliegenden Vierteljahr eine Zählung der Arbeitslosen nach *L a n d e s g e b i e t e n* vorgenommen worden. Das Ergebnis ist in folgender Aufstellung enthalten. Es wurden ermittelt:

Landesgebiete	Anzahl der Mitglieder	Arbeitslose am 1. Vierteljahr	Arbeitslose am 8. Woche	Arbeitslose am 31. Dezember	Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit	
					in Tagen	in Wochen
Ost- u. Westpreuß., Pommern	9979	414	67	4,1	14	15
Berlin und Brandenburg	95 442	10 644	2 988	12,2	18	22
Posen und Schlesiens	128 771	665	106	5,4	16	18
Provinz Sachsen und Anhalt	82 058	1 101	206	3,4	17	15
Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Lübeck und Hamburg	86 247	4 406	684	12,2	9	5
Hannov., Oldenburg, Braunschweig und Bremen	88 566	1 440	267	3,9	14	15
Westfalen	24 976	608	108	2,4	12	12
Rheinland	40 220	988	216	2,4	16	15
Großh. Hessen u. Hess.-Rheinl.	25 941	641	181	2,5	21	17
Bayern rechts des Rheins	42 775	1 473	214	3,4	15	16
Rhein. Sachsen u. Thür. Staat.	89 091	4 118	597	4,6	10	15
Württemberg und Baden	45 476	847	115	1,8	16	16
Elb-Lothringen u. Rheinpf.	7 628	203	39	2,3	18	17
Zusammen	433 368	27 528	5 636	5,5	13	19

Die Arbeitslosigkeit war danach am größten in Berlin und Brandenburg, sowie in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg; in beiden Landesgebieten betrug die Prozentzahl der Arbeitslosigkeit 12,2; am geringsten war die Arbeitslosigkeit mit 1,8 Prozent in Württemberg und Baden. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenseins betrug 13 Tage, in einigen Landesgebieten wurde dieser Durchschnitt erheblich überschritten, so in Posen und Schlesiens, Provinz Sachsen, Rheinland, Großherzogtum Hessen und Hessen-Rheinl., Württemberg und Baden, und Elb-Lothringen. Bemerkenswert ist, daß in den Gebieten, in denen verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen waren, die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenseins kürzer war als in Gebieten mit weniger Arbeitslosen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen am Ort belief sich auf 351 489. Ortsunterstützung erhielten 14 557 männliche Personen für 283 655 Unterstüzungstage 319 756 *M.*; 369 weibliche Personen für 8985 Unterstüzungstage 4718 *M.*

Besüglich der Zahl der Reiseunterstützungsempfänger ist wieder daran zu erinnern, daß die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt sind, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstüzung erhoben haben. In 38 905 Fällen wurden für 93 808 Unterstüzungstage 93 808 *M.* Reiseunterstützung ausbezahlt.

Die gesamte Unterstüzungleistung betrug 418 277 *M.* gegen 453 602 *M.* im gleichen Vierteljahr des Jahres 1910. Bemerkenswert ist, daß die Unterstüzungssummen werden, daß sie nur als *V o r l ä u f i g e* anzusehen sind; die in Wirklichkeit zur Auszahlung gekommenen Summen — die durch die Abrechnung festgestellt werden — sind höher.

Um eine vollkommene Arbeitslosenstatistik zu erzielen, ist es notwendig, daß auch in Zukunft jeder Arbeitslose, ob unterstüzungsberechtigt oder nicht, sich bei seiner zuständigen Ortsverwaltung bei Eintritt der Arbeitslosigkeit an- und bei ihrer Beendigung abmeldet. Nur dadurch ist der Vorstand in der Lage, ein richtiges Bild über die Arbeitslosigkeit im Verband zu geben.

### Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in Düsseldorf.

Während im übrigen Deutschland die Arbeitszeit in der Metallindustrie in den letzten Jahren fast auf der ganzen Linie verkürzt worden ist, blieb sie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auf dem alten Stande. In den Arbeitsverordnungen sind meistens zehn Stunden pro Tag vorgesehen, aber wenn die Konjunktur gut ist und Aufträge in genügender Menge vorhanden sind, dann wird die Arbeitszeit nach Willkür ausgedehnt. Eine prozentuale Besserzahlung der Ueberstunden kennt man nirgends.

Den ersten Vorstoß zu einer Verringerung machten im Jahre 1907 die Riemengangleister in Barmen. Diese Bewegung brachte für einen Teil der Wuppertaler Metallindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden pro Woche.

Im gesamten übrigen Industriegebiet dauert die Schusterzeit — anders kann man es vielfach nicht mehr nennen — 10 Stunden im Minimum. In Düsseldorf wird nun jetzt ein Vorstoß gemacht, um die Arbeitszeit zu verkürzen. Gemeinshaftlich mit den Christlichen und den Christ-Donnerstagen wurden den Maschinenfabriken und Eisengießereien, im ganzen 62 Betrieben mit rund 8000 Arbeitern, folgende Forderungen mit entsprechender Begründung überreicht:

\* Rechnungsbericht 1908/10.

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden oder pro Woche 57 Stunden.

2. Ueberstunden sind turlichst zu vermeiden. Falls solche in dringenden Fällen verlangt werden, ist für dieselben ein Zuschlag von 25 Prozent zu zahlen. Der Zuschlag wird bei Lohnarbeitern zum Stundenlohn gezahlt und bei Akkordarbeitern ebenfalls zum stündlichen Akkordverdienst.

Für Nacht- und Sonntagsarbeit beträgt der Zuschlag 50 Prozent. Die Nachtarbeit beginnt nach Ablauf von 3 Stunden nach Feterabend.

3. Eine Verminderung des Verdienstes darf durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintreten. Den Lohnarbeitern ist daher ein Zuschlag von 5 Prozent zum Stundenlohn als Ausgleich zu gewähren.

Da, wo es den Akkordarbeitern nicht möglich ist, bei der verkürzten Arbeitszeit den früheren Verdienst zu erzielen, sind auch die Akkordpreise entsprechend aufzubessern.

4. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentllich am Freitag. Wo die Lohnberechnung nur alle 14 Tage erfolgen kann, ist an den Freitagen, an denen keine Berechnung stattfindet, eine Abschlagszahlung in Höhe des durchschnittlich verdienten Lohnes zu gewähren.

Von den 62 Betrieben hielten es nur 9 für notwendig, zu antworten, mehr oder weniger entgegenkommend. Die Nichtbeantwortung durch die übrigen 53 Firmen ist angeblich auf einen Beschluß zurückzuführen, der in einer Unternehmerversammlung gefaßt wurde. Die Firmen glauben wohl, eine Geldtat zu vollbringen, wenn sie den Arbeitern und deren Vertretern gegenüber die einfachsten Regeln der Gerechtigkeit außer acht lassen.

Die Herren haben anscheinend weiter beschlossen, mit den Organisationsvertretern nicht zu verhandeln, wenigstens lehnten auch solche Unternehmer diese Verhandlung ab, die früher anstandslos dazu bereit waren.

Diese Beschlüsse tunden den nicht, der die leitenden Personen der Düsseldorf Eisen- und Metallindustrie kennt. Sie sind mit den Schlotbaronen der „Rohlenkiste“ verflochten und verflochten. Man braucht nur die Namen *G a n e l* & *U r e g* zu nennen.

Die Düsseldorf Maschinenfabrikanten sind deshalb auch noch treue Anhänger des Zentralverbandes deutscher Industrieller und sie gehören der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an.

Nach Lage der Sache trat diese Organisation allerdings nicht hervor, denn wenn man die Arbeiterorganisation vollständig ignoriert, dann ist es nur konsequent, wenn man auch selbst Vertrieben spielt und jeden einzelnen Unternehmer mit „seinen eigenen Arbeitern“ unterhandeln läßt. Es wurden deshalb überall die Arbeiterausschüsse oder gewählte Kommissionen vorkestellt.

In mancherlei Hinsicht ist die geschäftliche Unternehmertätigkeit für die Arbeiter sehr vorteilhaft. Sie können sich die Betriebe anschauen, in denen zuerst vorgegangen werden soll. Und wenn dann in diesen Betrieben Erfolge erreicht sind, wird auch bei den Arbeitern in solchen Betrieben, wo die Gewerkschaftsorganisation noch zu wünschen übrig läßt, der Mut und das Selbstbewußtsein gehoben.

Demgemäß ist auch die Bewegung eingeleitet und bereits zu einem großen Teil mit Erfolg durchgeführt worden. Bis zum 2. August hatten 21 Betriebe mit 2020 Arbeitern die Forderungen bewilligt. Einige davon allerdings erst, nachdem die Kündigung eingereicht oder auch die Arbeit niedergelegt worden war. Bei der Firma *D e F r i e s* & *C o.* *K l i e n g e s e l l s c h a f t*, die etwa 700 Arbeiter beschäftigt, haben 230 Kollegen die Arbeit niedergelegt, dazu hat die Firma noch etwa 40 Mann selbst entlassen. Zu weiteren 7 Betrieben stehen noch 950 Mann in Kündigung. Bei den Differenzpunkten handelt es sich nicht um die Verkürzung der Arbeitszeit an sich, sondern um die Art der Durchführung. 2 Betriebe mit Nachsicht wollen beispielsweise nachts entsprechende Pausen einlegen, aber während der Pausen die Drehbänke zu laufen lassen. Darauf können aber die Arbeiter nicht eingehen. Die Arbeitszeit für die Nachtschicht betrug früher 11 1/2 Stunden, oder 69 und 67 1/2 Stunden pro Woche. Es ist die höchste Zeit, daß dieser Unfug beseitigt wird, aber durch die vorgeschlagene Regelung wird das alte Uebel aus Umwegen wieder eingeführt. Die Arbeiter wünschen 5 Schichten (nachts) à 11 1/2 Stunden zu arbeiten, worauf die Unternehmer nicht eingehen wollen. Einer bezeichnet dieses Verlangen der Arbeiter als Unverschämtheit.

In anderen Werken, so vor allen Dingen bei *S t e f f e*, *D e F r i e s* & *C o.*, Düsseldorf Maschinenbau, wollen die Unternehmer zwei Pausen einrichten: von je 1/2 Stunde. Früher gab es in diesen Werken keine Pausen. Jeder faute nach Bedarf ein Butterbrot nebenbei. Außerdem will man die Lohnberechnung auf 10 Stunden beschränken lassen, worauf die Arbeiter nicht eingehen können. Sie wollen nichts geschenkt haben, sondern verlangen, daß 9 1/2 Stunden bezahlt werden und der Stundenlohn um 5 Prozent aufgebessert wird.

Nun hat die Unternehmerpresse bereits zweimal eine Nachricht gebracht, wonach eine Versammlung der Unternehmerorganisation (jetzt existiert mit einmahl eine solche) beschlossen habe, den bestreikten Düsseldorf Maschinenfabriken ihren Schutz anzubieten zu lassen. Was man damit nur bezweckt? Die Herren werden doch nicht so naiv sein, anzunehmen, daß die Organisation der Arbeiter sich dadurch beeinflussen läßt. Erst antwortet man nicht, beschließt, nicht zu antworten, dann steht man den Kopf in den Sand und wartet die Dinge ab, die da kommen sollen, und zu guter Letzt, wenn die Situation unangenehm wird, dann läßt man in Zeitungen, die kein Arbeiter liest, plumpe Drohungen vom Stapel. Der Herrenstandpunkt zeitigt wirklich wunderbare Blüten. Wir wollen nachfolgenden Fall anführen, um zu zeigen, wie sich manche der Herren lächerlich machen. Als die Kommissionen vorkestellt wurden, sagte man: „Ja, aber wir wissen gar nichts von Forderungen.“ Auf die Erwiderung, daß diese doch schon vor vier Wochen per Einschreibebrief eingeschickt worden seien, sagte man dann: „Ja, die existieren für uns nicht, für uns existieren die Forderungen erst von diesem Augenblick an, und von jetzt an müssen wir Bedenkzeit haben.“

Solche Kinderreien leisteten sich begehrnderweise nur kleinere Unternehmer. Sie markierten den Schärfermacher in Westfälischer Form. Ob die Unternehmer, die Schärfermacher machen, gewillt sind, der in sehr bescheidenen Grenzen gehaltenen Forderungen halber langwierige Kämpfe zu führen, die mit dem Streikobjekt in keinem Verhältnis stehen, das muß die nächste Zeit lehren. Für die Arbeiter ist die Situation sehr günstig und sie werden den Kampf durchzuführen. Es hat sich erfreulicherweise gezeigt, daß die Arbeiter der Frage der Arbeitszeitverkürzung ein reges Interesse entgegenbringen, was die Unternehmer und zum Teil auch wir in dem Maße gar nicht erwartet hatten.

Natürlich ist es, daß von jetzt an jedweder *S t r a u g* nach Düsseldorf vermieden wird!

26. Deutscher Schloßfertag.

Der Verband deutscher Schlosser-Finnungen hielt seinen 26. Schloßfertag vom 8. bis zum 11. Juli in *S t r i k* ab. Seine *T a g e s o r d n u n g* war: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Passenbericht und Wahl der Revisoren. 3. Die Ergebnisse der Handwerkerkonferenz im Reichsamt des Innern. Referent: *M a r c u s*-*B e r l i n*. 4. Das Wirtschaftlichkeitsbuch. Referent: *U l f e*-*B e r l i n* und *Z w a n g*-*G a l l e*. 5. Staats- und Selbsthilfe im Handwerk. Referent: *S c h l a n d*-*H a m b u r g*. 6. Wichtige Formen der Buchführung und Kassaführung für Schlosserbetriebe. Referent: *S y n d i k a t* *J u s t* und *W a l t e r* *M a r c u s* *J u n*. 7. Lehrlingsausbildung und Lehrlingsfürsorge. Referent: *P e t e r* *H o f f*-*B r a u n* *S c h w e i g*. 8. Anträge der Verbandsinnungen: a) Dresden: Die Stellung des Verbandes zum Handabund. — Die empfohlene Selbsthilfe zur Sicherung der Bauforderungen. b) Weihen: Der Wettbewerb der städtischen Gasanstalten auf dem Gebiete der Installationsarbeiten. c) Bromberg: Festlegung der geringsten Lehrlingszahl in Werkstätten ohne Stellen auf vier. d) Nordheim: Die Uebergriffe der Eisenhändler. e) Berlin: Verringerung der Verbandsbeiträge. 9. Die

reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. Referent: Marcus-Berlin. 10. Sind Preisvereinbarungen bei Submissionen gesetzlich zulässig? Referent: Meiß-Hamburg. 11. Die Bestimmung des § 35 Abs. 5 der Gewerbeordnung. Referent: Holte-Hamburg. 12. Tarifverträge, deren Wert und Nutzen. Referent: Synbillus Dr. Karwehl-Berlin. 13. a) Berichte und Anträge der Deutschen Schlosserschule in Krefeld. b) Wahlen in der Schulaufsicht. c) Beschäftigung über den Verbandsschluss 1911. 14. Bericht der Revisoren und Antrag auf Abrechnung der Jahresrechnung. 15. Feststellung des Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr. 16. Neuwahl des Vorstands und der Mitglieder des Vorstandes. 17. Wahl des Ortes für den nächstjährigen Verbandstag.

Dieser umfangreiche Spitztag enthält aber noch nicht alles, was die Herren Schlossermeister in den wenigen Tagen zu erledigen hatten. Dem eigentlichen „Schlossertag“ ging die ordentliche Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe im „Handelstammerhaus“, Mühlweg 18. — Abends Gesellschaftsbesammlungen dabeif.

Sonntag den 9. Juli: Vormittags 8 Uhr: Sammelplatz im „Hotel Gabsburger Hof“. Ausgabe der Führer, der Festkarten und Delegiertenkarten. — Um 9 Uhr: Spaziergang über das Blochhaus — Südpark — nach dem Kaiser Friedrich-Museum (Ruhmeshalle), Eintreffen dort Punkt 10 Uhr und Besichtigung desselben unter Führung des Herrn Museumsdirektors Feyerabend. Von dort zurück durch den großen Park — Vennweg — Portikus nach der Allee. — 11 1/2 Uhr: Frühstücken im „Kaiserkeller“. — Nachmittags 3 1/2 Uhr: Zusammenkunft am „Blochhaus“; gemeinschaftlicher Spaziergang am linken Meißener entlang nach dem Weinbergpark; kurzer Aufenthalt dabeif. Dann Zeußebrücke, Schützenhaus, Zittauerstraße zum Kommerzialamt „Deutsche Höhe“. — Abends Punkt 7 Uhr: Abendversammlung und 8 Uhr: Festkommers im Stabliement „Deutsche Höhe“. Außerst reichhaltiges Programm.

Montag den 10. Juli: Vormittags 7 1/2 Uhr: Besichtigung des alten Friedhofs, Heiliges Grab, Peterskirche u. s. w. — Vormittags 9 Uhr: Eröffnung der Sitzungen des Verbandstages im „Handelstammerhaus“, Mühlweg 18. — Nachmittags 4 Uhr: Festessen in der „Stadthalle“, verbunden mit Konzert. Nach der Tafel: Eventuell Konzert in der „Kleinen Brauerei“.

Dienstag den 11. Juli: Früh 7 Uhr: Gondelpartie auf der Weiche bei schönem Wetter, von da nach dem „Handelstammerhaus“, wo Punkt 9 Uhr die Fortsetzung der Verhandlungen beginnt. — Gleichzeitig ebendabeif Besichtigung der Schülerarbeiten der Schlosserschule zu Krefeld. i. Sa. — Nachmittags 3 1/2 Uhr: Fahrt mit der elektrischen Bahn nach der „Landestrasse“, dabeif Konzert, dann Abstieg nach dem „Kurfhaus“, wofelbst Abchiedsreden arrangiert sind.

Mittwoch früh 6 Uhr 52 Minuten: Fahrt ins Riesengebirge oder früh 8 Uhr 56 Minuten: Fahrt nach Zittau-Dybin. An beiden Fahrten beteiligen sich Götlicher Kollegen. Für Unterhaltung der berechneten Damen während der Sitzungen haben sich einige Kollegen zur freien Verfügung gestellt.

Program m ä n d e r u n g e n v o r b e h a l t e n !  
Der Chronist bemerkt nicht, daß „Programmänderungen“ notwendig geworden sind.

Nach den vorliegenden Berichten über den Schlossertag wurden auch da wieder fast alle die Klagen und Wünsche laut, wie sie auf Jahressitzungen üblich sind. Nach dem erweiterten Geschäftsbericht sei das Jahr 1910 für das Schlosserhandwerk kein gutes gewesen. Lohnbewegungen, Ausparung der Arbeiter durch die Arbeitgeber einerseits, Einstellung der Arbeit durch die Arbeiter andererseits hätten den Mittelstand der wirtschaftlichen Tätigkeit gelähmt. Lange, schwere Lohnkämpfe im Maurer- und Zimmererhandwerk und bei den Schiffswerften seien ausgefochten worden, die auf beiden Seiten schwere Opfer forderten, ohne daß die Bedingungen, unter denen die Parteien zur Einigung gelangten, allenthalben Befriedigung hervorgerufen hätten. Naturgemäß hätten diese Kämpfe nicht nur einzelne Zweige des Handwerks, sondern das ganze Gewerbe- und Wirtschaftsleben nachteilig beeinflußt. Die Wirkungen dieser Kämpfe würden noch lange nachempfunden werden. — Die Jahresrechnung des Verbandes weist folgende Einnahmen aus: Kasseneinstand am Ende 1909: 4317,07 M., 135 Einbeiträge zu 50 S. 67,50 M., Beiträge der Mitglieder 3889,75 M., für Druckfachen (Lehrbriefe, Lehrverträge, Entlohnungsregeln, Diplome, Protokolle, Berichte, Zeitschrift) 1741,30 M., Kundenerlösnisse 47,80 M., 96 Delegiertenkarten 288 M., Ertrag der Schlosserzeitung 1000 M., Zinsen 197,60 M., Summa 11 549,02 M. Die Ausgaben waren: Druckfachen (Lehrbriefe, Lehrverträge, diverse Druckfachen, Zeitschriften und Diplome) 826,25 M., Buchbinderei (Lehrbriefe aus Weinwand gezogen) 538 M., Partei 145,55 M., Beitrag an den Zentralanlass in Berlin 100 M., Reduktion der Verbandsnachrichten 200 M., Unkosten des Verbandstages 251,25 M., Reisegehalt und Nutzen 1208,80 M., Protokoll und Geschäftsbericht 376,50 M., Expedition und Schreibhilfe 600 M., Beitrag zur Deutschen Schlosserschule in Krefeld 1500 M., diverse Ausgaben 31,45 M., Kasseneinstand im Jahr 2362,92 M., Entlohnung 2846,50 M. — 5709,52 M. Summa 11 549,02 M. Einem imponderablen Einwand mocht diese Abrechnung gerade nicht.

Ueber die Handwerkerlosgewinnung im Reichsamt des Innern referierte Herr Marcus (Berlin). Ein Beschluß dazu wurde nicht gefaßt, man will erst abwarten, was in der Sache zuhande kommt. Der Vorstand soll auf diese Punkte sein Augenmerk richten. (Diese Konferenz im Reichsamt des Innern beschloß sich bekanntlich mit der Frage, ob die Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk herangezogen sei. Siehe Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung Seite 138.)

Ueber das Pflichtfortbildungsgesetz referierte Herr Wille (Berlin), der der Meinung Ausdruck gab, daß die Lehrlinge aus dieser Schule an der Lehrlingsausbildung nicht in den Unterrichtsplan gehören. Die Unterrichtspläne seien so zu gestalten, daß die für die Meister geeignete Zeit dazu festgelegt werde. Wir meinen dagegen, daß dafür die für den Unterricht geeignete Zeit zu wählen ist. Herr Wille wies auch auf die bei Pflichtfortbildungsmitteln nicht günstig gestimmte Stimmung hin; die Firma Strupp habe erklärt, sie wolle nach Einführung der Pflichtfortbildungsmittel nicht mehr in der Lage, Solden der Arbeiter als Lehrlinge einzustellen. Der Referent beantragte folgende Resolution:

Der 25. Deutsche Schlossertag in Götlich sagt dem preussischen Handelsminister Deul für sein jetztes Verhalten bei den Verhandlungen des Pflichtfortbildungsgesetzes und für die Hilfe aus, beim erneuten Einbringen der Vorlage dafür einzustehen:

1. daß der Pflichtfortbildungsgesetz der berufliche Charakter gegeben ist;
2. daß der gewerbliche Unterricht nicht mit Religion oder körperlichen Übungen belastet wird;
3. daß die Schulpläne aus dem organisierten Handwerk mitgeleitet werden und nicht nur belarnt werden, sondern bei Festlegung der Schulpläne und Unterrichtsgegenstände beteiligende Stimme haben;
4. daß die Pflichtfortbildungsmittel nur auf einen Nachmittags- und zwar in der Zeit von 2 bis 8 Uhr festgelegt werden.

Herr J. W. (Götlich) erklärte, dieser Resolution nicht ohne weiteres zustimmen zu können. Er sei für Erreichung des Handwerkerzweckes. In der Debatte sprach auch der Vertreter der Regierung zu Zuzug, Herr Gehrmann & Repitz, der darauf hin-

Gebuld zu haben. Das Pflichtfortbildungsgesetz sei eine Sache, die noch im Fluß sei. Für den Unterricht seien Elementarlehrer in Aussicht genommen. Das die in technischen Sachen wenig Beschäftigten, sei ja erklärlich. Aus diesem Grunde sollten Kurse eingerichtet werden, welche die Lehr. Lehrer dann absolvieren sollten. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß man es, wie beim Pflichtfortbildungsgesetz, jedem recht machen könne. — Res. o. l. r. i. o. n. wurde unter Weglassung der §§ 4 einstimmig angenommen.

In dem Referat über Lehrlingsausbildung und Lehrlingsfürsorge vertrat Herr Meyerhoff den Standpunkt, daß die Ausbildung des Lehrlings in die Hand des Meisters gelegt werde. Er kam zu pessimistischen Schlussfolgerungen bei der Frage, ob die heutige Schulausbildung genügend sei. Die Fachausbildung gehöre ein für allemal, betonte der Redner in weiteren Ausführungen, in die Werkstatt des Lehrherrn. Auch die Fürsorge der Lehrlinge solle man den Handwerksmeistern anvertrauen. Diese könnten sich dann mit den Korporationen in Verbindung setzen, die sich die Lehrlingsfürsorge zum Ziel gesetzt haben. Daß die Lehrlingsfürsorge auch Schlichtschulhaufen und Schneeschulhaufen für die Jugend erstrebt, vertritt der Redner. Er befürchtet, daß dadurch der Jugend die Liebe zur Werkstättenarbeit verloren gehe.

Die vom Redner vorgelegten Zeitsätze, die den Ertrag seiner Ausführungen bilden, wurden angenommen. Es erörtrte sich, bei den zu diesem Punkt zutage getretenen Meinungen zu verteilten. Die Überzeugung bricht sich immer mehr Bahn, daß das Lehrlingswesen auf eine andere Grundlage gestellt werden muß, daß die handwerkliche Werkstättenlehre, wie sie bisher üblich war, den jetzigen technischen und wirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr entspricht. Den meisten Handwerksmeistern fehlen eben selbst die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten, den Lehrlingen etwas ordentliches zu lernen, abgesehen von dem Fehlen auch noch anderer Voraussetzungen. Für die meisten Handwerker ist der Lehrling eben nicht in erster Linie Auszubildungs-, sondern Auszubildungsobjekt.

Herr G. Landau (Hamburg) wählte über „Staats- und Selbsthilfe im Handwerk“ sprechen. Er bewegte sich dabei in den bekannten Geleisen. Die neue Zeit habe einen scharfen Konkurrenzkampf herbeigeführt, deshalb sei Staats- und Selbsthilfe dem Handwerk nötig. Dieses fordere auch Gleichstellung mit anderen Ständen und Eingliederung der Konkurrenz staatlicher Betriebe. Eine Regelung des Submissionswesens sei dringend erforderlich. Eine weitere Aufgabe der Regierung müßte sein, Fachausstellungen ins Leben zu rufen. Diese könnten viel zur Hebung des Berufs beitragen. Vom Staat könne man jedoch nicht alles verlangen, deshalb müsse man auch zur Selbsthilfe greifen. Es sei empfehlenswert, Werkstattgenossenschaften ins Leben zu rufen. Ferner empfahl der Redner Errichtung von Submissionsgenossenschaften. Eine weitere Selbsthilfe liege in dem Ausbau der Berufsorganisation. Eine besondere Selbsthilfe sei die Bestrebung zur Erzielung besserer Preise. Ferner sei zu empfehlen, eine Auskunftsstelle für sämtliche Zahlen einzurichten. Eine weitere Forderung sei, daß die Handwerker sich in Stadtparlamente wählen lassen, um dort ihre Interessen zu vertreten. Die vom Redner vorgeschlagene Resolution fand einstimmig Annahme.

Bei dem Punkt „Die Stellung zum Sanjahund“ kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Der Vertreter der Dresdener Verbandssitzung sprach sich gegen den Sanjahund aus, dieser habe sich wichtigen Fragen gegenüber, wie zu der Reichsfinanzverwaltung, ausgedehnt. Darauf wurde entgegnet: Der Sanjahund sei die Vertretung für das Handwerk, und das Handwerk könne froh sein, daß es den Sanjahund gefunden habe, der sich seiner Interessen so warm annehme. Die Herren in Dresden müßten wohl gefaßt haben, wenn sie die Bedeutung des Sanjahundes nicht erkannt hätten. Das Handwerk müsse zum Sanjahund halten. Es müsse dafür sorgen, daß seine Vertreter in den Landtag und den Reichstag gewählt würden, denn die Macht der Agrarier und Konserverfabriken sei sehr groß. Deutschland habe sich aus einem Agrar- zu einem Industriestaat entwickelt. Es sei kein Fehler für den Handwerker, wenn er mehr liberal sei und sich mehr der Konkurrenz anpasse. Der Handwerker gehöre in den Sanjahund. — Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Beschlüsse, die die Herren Fuß und Marcus den Delegierten über Durchführung und Kalkulation zuteil werden ließen, werden, wenn sie befolgt werden, gar manchem Schlossermeister mehr nützen als die sonstigen schönen Vorträge, die nur eine Aufspiegelung bedeuten.

Bei dem Punkte „Die empfohlene Selbsthilfe zur Sicherung der Bauforderungen“ wurde als der sicherste Weg bezeichnet, daß man bei der bevorstehenden Reichstagswahl an den Kandidaten herantrete und ihm die Forderungen der Handwerker darlege. Gehe dieser nicht darauf ein, dann habe man ja Gelegenheit ihn abzulehnen.

Bei früheren Sitzungen, wurde auch diesmal gegen den Wettbewerb der päpstlichen Gasanstalten auf dem Gebiete der Fäkalisation Stellung genommen. Man will bei den Behörden weitere Schritte unternehmen.

Die Anträge zu den Webergriffen der Eienhändler und Festsetzung der geringsten Lehrlingszahl in Werkstätten ohne Gesellen auf vier wurden nicht verhandelt, da die dazu bestellten Referenten nicht erschienen waren.

Faßt man das Ergebnis dieses „Schlossertages“ zusammen, so kann es als ebenso mager bezeichnet werden, wie sich der ganze Verband deutscher Schlosser-Jahressitzungen zurzeit präsentiert.

Dem „Schlossertag“ ging am 8. Juli die ordentliche Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe voraus, für die folgende Tagesordnung festgelegt war: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht der Kassensprüfer und Erteilung der Entlassung. 4. Beschäftigung über den Haushaltsplan 1911. 5. Wahl für die ausstehenden Vorstandsmitglieder. 6. Beratung über die derzeitigen Tarifvertragsverhandlungen innerhalb unseres Verbandes. 7. Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft. 8. Arbeitsnachweis der Arbeitgeberverbände. 9. Verschiedenes.

Am dem Geschäftsbericht für 1909 und 1910 des Arbeitgeberverbandes teilte uns mit: Auf dem 22. Deutschen Schlossertag zu Weimar am 25. Mai 1908 sei folgende Resolution gefaßt worden: „Der 22. Deutsche Schlossertag erkennt die Notwendigkeit der Gründung eines Arbeitgeber-Schutzverbandes an und beauftragt eine Kommission mit der Ausarbeitung von Satzungen, auf Grund deren an den einzelnen Orten und Bezirken unabhängige Ortsverbände ins Leben gerufen werden sollen.“ Auf Grund dieser Resolution trat am 10. September 1908 die Kommission zur Aufstellung einer Satzung in Krefeld zusammen. Die Satzung sei entworfen den Abgängen der Weimarer und Stuttgarter Versammlung am 1. Januar 1909 in Kraft getreten und im Laufe des Jahres 1909 der ersten ordentlichen Generalversammlung des Verbandes zur Beschäftigung vorgelegt worden. Als Sitz des Verbandes wurde Berlin gewählt und mit der Begründung des Verbandes und der Geschäftsführung der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe beauftragt, der es auch übernahm, die Gründungs- und Verwaltungskosten für das erste Halbjahr vorzutragen. Am 7. Juli 1909 fand in Hamburg die erste ordentliche Generalversammlung statt, die über die Satzungen Beschluß faßte, und diese wurden dann auch einstimmig angenommen. Die Propaganda hätte (wie das auch vom Exekutivrat des Verbandes, Herrn Dr. S. Karwehl betont wurde) viel mit einer gewissen Leinheit zu kämpfen, es seien aber doch im Laufe der Zeit manche gute Erfolge erzielt worden. Protokolle der Redner, Kommissionsberichte, Kandidaten und Flugblätter seien an sämtliche bekannten größeren und mittleren Schlosserinnungen Deutschlands und die maßgebendsten Persönlichkeiten im deutschen Schlossergewerbe gesandt worden. Besondere schriftliche Verhandlungen über Bildung von Ortsgruppen seien mit zahlreichen Orten in Süd-

West-, Mittel-, Nord- und Ostdeutschland geführt worden, aber noch nicht abgeschlossen. Von der Mehrzahl derselben seien aber in Kürze wohl Beitrittsverträge zu erwarten. Zu keinem Abschluß kam es infolge der trotz schriftlicher und mündlicher Verhandlungen mit dem Verband Breslauer Schlossereien und verwandter Gewerbe; der Grund soll darin liegen, daß der Verband Mitglied des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ist und auch bleiben wolle, weil die Mitglieder dadurch eine höhere Streikentschädigung erhalten, und weil wegen eines vom Deutschen Metallarbeiter-Verband geforderten Tarifabschlusses während der Berichtsjahre Streiks ausbrachen und auch für 1911 wieder ein solcher erwartet wurde. Dem Vernehmen nach solle trotz der Streiks der Breslauer Verband einen bedeutenden Rückgang erfahren haben. Auch in Frankfurt a. M. und Chemnitz sei es zu keinem Abschluß gekommen. Der Mitgliederbestand habe am Ende des Jahres 1910: 806 mit circa 7400 Beschäftigten betragen. Bei der Werbung von Mitgliedern durch die Zentrale wurde vor allem auch auf die Heranziehung der verwandten Gewerbe besonderer Wert gelegt und vom Geschäftsführer des Verbandes überall Referate über die Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes gehalten. Die äußere Organisation sei zurzeit noch eine recht einfache. In den einzelnen Städten bestanden Ortsverbände, die zum Teil auf die weitere Umgebung der betreffenden Stadt ausgedehnt und die durch den Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe angegeschlossen seien. Das deutsche Schlossergewerbe steh im Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe keineswegs isoliert da, da dieser Schutzverband seit seiner Gründung als Mitglied dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände (Stg. Berlin) angeschlossen sei und auch mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände (Stg. Berlin) einen Kartellvertrag abgeschlossen habe. Innerhalb des Verbandes hätten 1909 zwei größere Lohnbewegungen stattgefunden: Der Anschlägerstreik in Berlin im Frühjahr 1909 und der Gelbschmied-, Kunst- und Bauhölzerstreik in Berlin im Sommer 1909. Ueber den Umfang der gesamten Streiks könne kein vollständiges Bild gegeben werden, da von den verhandten Fragebogen noch nicht einmal die Hälfte an die Geschäftsstelle zurückkam. 1910 fanden ebenfalls zwei Lohnbewegungen statt: in Stuttgart und in Bielefeld, die aber nicht zu Streiks führten, und ein auf einen Betrieb Berlins beschränkter sogenannter „wilder Streik“. Bei der Stuttgarter Bewegung im Frühjahr 1910 sei es zur Verhängung der Sperre durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband gekommen; der angebrochte Streik unterblieb aber, da in verschiedenen Geschäften den älteren Arbeitern bereits Lohn-erhöhung zugesagt war. In einer Innungsversammlung, in der ein geschlossenes Vorgehen der Meister nicht erzielt werden konnte, sei die Lohnerbhöhung den in Betracht kommenden Arbeitern ausgedehnt worden, die mit dieser Regelung auch einverstanden waren, während die weiteren die geforderten Löhne nicht verbietenden Arbeiter entlassen wurden oder aber mit niedrigeren Löhnen die Arbeiten in den alten Werkstätten fortsetzten, wodurch diese Bewegung ihr vorläufiges Ende erreicht habe. Die Lohnbewegung in Bielefeld entstand dadurch, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Bielefeld, den Arbeitgebern im dortigen Schlossergewerbe einen Tarifvertragsentwurf vorlegte und dessen Anerkennung forderte. Die Lohnbewegung führte zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande. Der Berliner Streik brach bei der Firma Ernst Franke aus, die in Gemüßheit ihrer Fabrikordnung eine größere Anzahl von Gesellen wegen Verweigerens von ordnungsmäßig beauftragten Weiserstunden in eine Ordnungstrafe nahm. Der Streik hätte vom 22. Juli bis zum 4. August gedauert. In den Streik traten 130 Gesellen, deren Zahl bis zum Ende des Streiks auf 125 sank. Ueber die Streiks seien die üblichen Berichte an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände und an das Reichliche Statistische Amt erstattet worden. Ueber Tariftverträge sagt der Geschäftsbericht folgendes: Daß Tarifverträge mit den Arbeitgeberorganisationen nur einen relativen Wert hätten, gelte sich mehr und mehr. Sie würden von den Arbeitgeberorganisationen verlangt, oft auf Kosten des wirtschaftlichen Friedens, unter der Vorgabe, dem wirtschaftlichen Frieden dienen zu wollen. Eine Arbeitgeberseite aber, die sich von den Arbeitern den wirtschaftlichen Frieden geben und gewähren lassen, werde sich über kurz oder lang stets recht sehr geäußert sehen. Die Arbeiterschaft verlange Tarifverträge, weil sie darin den Anfang für das Ende des Selbstbestimmungsrechtes des Arbeitgebers gefunden habe, weil sie erfahren habe, daß der Tarifvertrag eine Schraube ohne Ende sei, vom Arbeitgeber von Jahr zu Jahr oder von Periode zu Periode immer schwerere Zugewandnisse zu erzwingen. Deshalb müsse auch in Handwerkerkreisen, die der Tarifverträge noch sehr wenig entzogen können, diesen wenigstens das größte Mißtrauen entgegengebracht werden. Das einzige Gegenmittel gegen die Schäden der Tarifverträge seien die Arbeitgeber-Schutzverbände. Besonders wünschenswert sei ein gemeinsamer Ablaufstermin der laufenden Tarifverträge des ganzen Gewerbes innerhalb des Reichs. In dieser Richtung habe die Zentrale wiederholt eingewirkt und gesucht. Nach Feststellung der Zentrale seien Tarifverträge bis Ende des Jahres 1910 in folgenden Ortsverbänden abgeschlossen worden: Berlin, Bielefeld, Bremen, Dresden, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart. In verschiedenen Großstädten Deutschlands haben sich Kartelle der Arbeitgeberverbände des lokalen Baugewerbes gebildet. Die Zentrale habe den Ortsverbänden den Beitritt zu diesen Kartellen im Prinzip empfohlen. Es könne sich aber immer nur um ein Kartellverhältnis, niemals um ein Mitgliedverhältnis handeln, denn das Schlossergewerbe habe doch noch immer seine besonderen Interessen, Arbeits- und Existenzbedingungen. — Eine Rundfrage der Zentrale über die Regelung der Arbeitsnachweissfrage bei den Ortsverbänden habe bisher ein recht unvollkommenes Ergebnis gehabt. Es scheine aber, daß die Mitglieder der meisten Ortsverbände entweder Arbeitsnachweisen von Arbeitgeberverbänden oder unparteiischen Innungsarbeitsnachweisen angeschlossen seien. Ueber die Schwierigkeiten, die dem Handwerk bei einem beabsichtigten Anschluß an einen Arbeitgeber-Arbeitsnachweis von den Behörden bereitet werden können, habe der Berliner Ortsverband besondere Erfahrungen gemacht. Dieser habe in Gemeinschaft mit der Berliner Schlosserinnung beschlossen, sich dem Arbeitsnachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller anzuschließen. Die Gewerbedeputation als Aufsichtsbehörde der Innung habe aber immer wieder den wiederholt gefaßten Beschluß inhibiert, weil der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband inspirierte Gesellenausstoß der Innung dagegen Einspruch erhoben und einen mit dem Metallarbeiter-Verband zu errichtenden partiellistischen Arbeitsnachweis verlangt habe. Das Anerkennen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, einen Zuschuß zum Arbeitsnachweis zu gewähren, erscheine der Berliner Gewerbedeputation offenbar beachtenswerter als eine durch einen Anschluß an den Arbeitsnachweis des Metallindustriellenverbandes erzielte wesentliche Verbilligung des Arbeitsnachweises. — Die Mehrzahl der Ortsverbände habe sich von vornherein auch der Streikentschädigung des Verbandes angeschlossen, ausgenommen Berlin, Lin, Bremen, Hamburg und Krefeld, die bereits vor Gründung des Verbandes eine eigene Streikversicherung besaßen. Der Verband gehöre auch der Gesellschaft des Reichs deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen an, die auf Grund eines an ihn zu zahlenden Jahresbeitrags an den Verband gegebenenfalls Streikentschädigung zahlt („Rückversicherung“). Im Jahre 1910 sei aber die Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft gegründet worden, die eine gemeinsame Streikentschädigungsgesellschaft der kleineren Arbeitgeberverbände im Reich werden solle. Die ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände würden sich dann nur noch auf die moralische und tatsächliche Unterstützung ihrer Mitglieder zu beschränken haben und für die Streikentschädigung lediglich Vermittlungsstellen sein. Die Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft sei jedoch Mitglied der obengenannten Gesellschaft des Reichs deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen, so daß diese „Rückversicherung“ bestehen bleibe. — Der

Arbeitgeber-Schlichterband deutscher Schlosser...

So der Geschäftsbereich. In diesem sind über die dortige...

Mit der Kündigung des auf 1. April kündbaren Karls be-

Bei dem Vorgehen zur Durchführung der Lohnverbesserung...

Bemerkenswerte Erörterungen knüpfen sich an den Geschäfts-

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Vermögensüberzicht 31. 12. 1910. Includes sub-totals and a grand total of 12863.73.

Einen Kommentar zu diesem Kassenbericht kann sich jeder unserer...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen...

Die Erhöhung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatuts gestattet...

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altenburg...

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Seidenheim...

Öffentlich gerügt wird: Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Gahl: Der Eisenendreher Hugo Proßmann...

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Garburg: Der Schlosser Alb. Borbe...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln: Der Installateur Karl Gerold...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Romberg: Der Dreher Otto Graner...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pflaun: Der Schlosser Karl Wefelg...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Regensburg: Der Schlosser Heinz Sudor...

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Quittung

über die vom 1. bis 31. Juli 1911 bei der Hauptkasseneingangsveränderung...

Table listing contributions from various locations: Von Altenburg 3000, Annaberg 200, Apolda 800, etc.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender...

Zur Beachtung! • Zugzug ist fernzuhalten:

von Werkstätten nach Budapest (Firma Szilva) D.; von Drahtarbeitern nach Bismar (Firma Müller) D.; von Metallarbeitern nach Heiligenstadt (Firma Engelmann & Co.)...

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; U.: Ausparierung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. f. w.)

Korrespondenzen.

Elektronmonteur. Köln a. Rh. Am 1. August ist es zum Streit gekommen. Die Unternehmer glaubten wohl nicht recht an den Ernst der Sache...

Blumener. Köln a. Rh. Bei jeder Lohnbewegung, in deren Verlauf die Arbeiter gezwungen sind, durch Arbeitsniederlegung...

Materialien liefern dürfen, die vom Vorstand des Vereins Kölnen-Installeteure eine Berechtigungsliste erhalten haben. Diese Berechtigungsliste hat folgenden Wortlaut: „Verein der Kölnen-Installeteure. Begründet 1906. An unsere Herren Lieferanten! Dem Inhaber dieses, Herrn ... kann während der Zeit bis 1. August dieses Jahres Material verbracht werden. Dieser Ausweis kann eventuell wieder zurückgezogen werden. Köln, ... Juli 1911. Geschäftsvervoll G. Kleffsch. Geschäftsstelle des Vereins Kölnen-Installeteure.“ Ist ein schlechterer Zerrorismus denkbar? Der Unternehmer, der seine Gehilfen anständig bezahlen will, dem soll die Materiallieferung abgelehnt, er soll ruiniert werden. Außerdem haben diese Zerroristen erwidert, ob es nicht zweckmäßig sei, bei jedem Lieferanten einen Kontrollleur zu stationieren. Da die „Berechtigungsliste“ steht, daß die Materiallieferung nicht genügt, und da sie fürchtet, es könnten von denen, die noch nicht bezahlt haben, noch welche abdrücken, hat sie ein Rundschreiben verfaßt und unterm 30. Juli versandt. In diesem Schreiben wird geschwunden, daß sich die Vorkasse bezieht. Es hätten bis jetzt nur ein größeres und acht kleinere Geschäfte unterzeichnet. Es ist nur soviel richtig, daß die Herren Scharfmacher ziemlich isofort sind. Ihr Eingeständnis, daß sie sehr im D r u c k sind, freut uns. In der Not unterschreibt man jetzt die kleinen Meister. Es wird jetzt vielfach das Gerücht kolportiert, daß die Unternehmer gern bereit wären, die geforderten Löhne für selbständige Gehilfen zu zahlen, nur mit den Vorbehalt für j u g e n d l i c h e Gehilfen wären sie nicht einverstanden. Dagegen stellen wir fest, daß die Verhandlungen gerade an der Festschließung der Löhne für selbständige Gehilfen gescheitert sind, über die Löhne der jugendlichen Gehilfen haben die Unternehmervertreter mit uns gar nicht verhandelt.

**Metallarbeiter.**

**Barmen.** Durch die bürgerliche Presse gehen Notizen über eine A u s s p e r r u n g in Barmen-Elsfeld, Remscheid und Sagen, die anscheinend aus Unternehmertreuen herrühren. Die ganze Angelegenheit ist darin in sehr übertriebener Weise dargestellt. Deshalb sei im Folgenden die Bewegung kurz geschildert. Am 15. April haben die Aktionen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Christlichen Gewerkschaftsbundes den Vorstand von Arbeitgeber in bergischen Industriebezirk den Vorschlag unterbreitet, wegen Regelung der Arbeitszeit in der Metallindustrie mit den genannten Verbänden in Verbindung zu treten. Der Vorschlag wurde unter nichtsagenden Gründen abgelehnt. Ein zweites Anschreiben wurde überhaupt nicht beantwortet. In der Zeit vom 30. Juni bis zum 20. Juli wurden dann an 35 Firmen mit 2139 Arbeitern Forderungen eingereicht. Es wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden und zum Ausgleich für die verkürzte Arbeitszeit eine Lohnzulage von 10 Prozent verlangt. Für gelehrte Arbeiter sollte der Mindestlohn 50 S. pro Stunde und für ungelernete Arbeiter 45 S. betragen. Auch für die Akkordpreise sollte ein entsprechender Ausgleich geschaffen und die Löhne überhaupt einer Durchsicht unterzogen werden. Ueberstunden sollen möglichst vermieden, sonst aber mit 25 bis 50 Prozent Zuschlag, Nacharbeit mit 100 Prozent, vergütet werden. Die von einzelnen Arbeitervereinigungen eingeleiteten Verhandlungen, soweit man von solchen sprechen kann, scheiterten bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zu keinem Resultat. „U n b e r i c h t l i c h“ und noch andere Heißhühner wurden den Kommissionen gegenüber in bezug auf die Forderungen gebracht. Alle Versuche der Arbeiter, in friedlicher Weise die Sache zu erledigen, scheiterten an dem Herrenstandpunkt der Unternehmer. Nur in 7 Betrieben mit zusammen 192 Arbeitern ist es ohne Arbeitszeitregelung zu einer Einigung gekommen. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt für diese Arbeiter im ganzen pro Woche 655 Stunden. Nach kurzem Streik haben dann bis jetzt noch 2 Betriebe mit 78 Arbeitern Entgegenkommen gezeigt und ist auch dort der Streik beendet. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt hier 246 Stunden pro Woche. In den Streik sind eingetreten bis zum 2. August in 15 Betrieben rund 1000 Arbeiter, denen allerdings noch im Laufe der Woche eine weitere Anzahl folgte. Die Zahl der Streikenden wird aber wohl kaum die Zahl von 1500 übersteigen. Da die Unternehmer eine Ausperrung vornehmen werden, ist noch nicht bekannt, sie kommen fast jeden Tag zusammen, ihre Beschlässe werden aber streng geheim gehalten. Da aber aus dem ganzen Vorgehen der Unternehmer zu schließen ist, daß sie diese Bewegung zu einer A o p t i m u s e gestalten wollen, so ersuchen wir die Kollegen allerorts, den Bezug fernzuhalten, so werden die Pläne der Unternehmer zu scheitern werden.

**Eger (Böhmen).** Seit einiger Zeit machen wir die Beobachtung, daß die Firma R. F i s c h e r (Maschinenfabrik) in Eger gute Dreher, Schlosser und Feinmechaniker „günstigen Bedingungen und hohen Löhnen“ in verschleierten bürgerlichen reichsdeutschen Blättern, besonders aber in der B o n g l a n d e r Z e i t u n g sucht. Es ist dieser Firma tatsächlich gelungen, einige Kollegen auf den Reim zu locken. Um das in Zukunft zu vermeiden, wollen wir über die Zustände und Verhältnisse in dieser Fabrik einige Mitteilungen. Die R. Fischersche Maschinenfabrik gleicht einem Bienenhaus, mit dem Unterschied, daß bei ihr die Arbeitenden auf Nimmerwiedersehen anwesigen, nur die Drohnen und ein Teil „nationaler“ (gelber) Arbeiter bleiben darin. Es werden bei Fischer circa 100 Arbeiter beschäftigt, die von circa 3 bis 4 Jugenmenschen und 6 bis 7 Weibern angeführt werden. Die Lohnsätze schwanken von 2 Kronen 10 Heller bis 3 Kronen 60 Heller (die Stunde 22 bis 36 Heller) bei zehnständiger Arbeitszeit. Von einem Akkordlohn ist keine Spur, die Arbeiter wissen bei den meisten Akkorden nie früher als am Samstag bei der Auszahlung, was für die Akkordarbeit erhalten. So sehen also die guten Bedingungen und die hohen Löhne in dieser Fabrik aus. Wir glauben, daß in Zukunft kein Kollege auf die Fischersche Zusätze hereinfällt. — In den anderen Betrieben der Metallindustrie in Eger sieht es nicht viel besser aus, deshalb wird es gut sein, wenn die Metallarbeiter der Stadt Eger in weitem Bogen ausweichen. Bei der Durchsicht mögen sie sich aber ja an die Ortsgruppenleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wenden und nicht wie bisher, ohne zuerst die Ortsgruppenleitung anzusehen, in den Bestritten um Arbeit auszuweichen, um dann hinterher zu schimpfen, daß sie wegen schlechten Verdienstes in Schweden geraten sind.

**Göppingen.** Der Streik bei der Firma Gebr. R a r t l i n & C o. ist nach 9 1/2 wöchiger Dauer beendet worden. Am 22. Juli haben unter dem Vorbehalt des Überwachungsrichters Dr. Geil nach fastmonatlichen Verhandlungen mit, die zum Abschluß folgender Vereinbarungen führten: 1. Die täglich etwa zu verrichtende Arbeitszeit ist auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. Eine Bezahlung der Überstunden findet nicht statt. 2. Die Überzeitarbeit wird für das Jahr 1911 mit 20 Prozent, vom 1. Januar 1912 an mit 25 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn vergütet, Sonntags- und Nachtarbeit wie bisher mit 50 Prozent. Als Nachtarbeit gilt die Zeit, die 2 Stunden über die reguläre Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden muß. 3. Es erfolgt eine Lohnzulage von je 3 S. pro Stunde. Dabei werden sofort 2 S. bei Wiedereinstellung der Arbeit gezahlt, mit ein weiterer Pfennig am 1. Januar 1912 zugelegt. Arbeitern unter 20 Jahren 2 S. Für die Arbeiter, denen nach Aufgabe der bezugsnehmenden irgendeiner individuellen Leistungsleistung entsprechende Gehaltssteigerungen schon ein höherer Zuschlag zugelegt war, bleibt dieser bestehen. 4. Der mit jedem Arbeiter vereinbarte Stundenlohn wird denselben bei den festgesetzten oder veränderten Löhnen gewährt. 5. Aus jeder Abteilung wird eine Kommission von zwei Mann aus die Abteile bezeugen, die nach Meinung der Arbeiter einer Verbesserung bedürfen. Das Resultat unserer Prüfung wird dieser Kommission bekanntgegeben. Ist die Arbeiterkommission mit dem Resultat der Prüfung nicht einverstanden, so erfolgen Verhandlungen. Sollten bestehende Abteilungen durch irgendwelche Gründe herabgesetzt werden, so erfolgt darüber eine Verständigung mit der Kommission. 6. Die Depulante der Arbeiter sind in Betriebsräte zur Einigkeit verbunden. 7. Die Umwandlung der Löhne erfolgt wie bisher 14-tägig, die Höhe des Zulagezuschlages werden den neuen Stundenlöhnen entsprechend erhöht. 8. Die bis herige 14-tägige

Ausbildungsfrist wird vom 1. Januar an beiderseits aufgehoben und an deren Stelle tritt die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung. 9. Die Einstellung betriebsfremder Arbeiter erfolgt erst, wenn von den Streikenden niemand mehr vorhanden ist.“ — Dieser Kampf ist von beiden Seiten mit einer in Göppingen noch nie dagewesenen Hartnäckigkeit geführt worden. Von den Streikenden ist keiner umgefallen, sogar die Nichtorganisierten haben weder ausgetreten. Die Firma dürfte wohl eingesehen haben, daß sie um den Preis schon früher hätte Frieden machen sollen. Wohl haben wir unsere Wünsche nicht alle erfüllt bekommen, beide Teile müßten etwas ablassen. Bei manchem Kampf ist schon weit mehr erreicht worden; wenn man aber den hartnäckig ablehnenden Standpunkt der Firma von allem Anfang an betrachtet und das nunmehr erkämpfte Resultat, so darf ohne Uebertriebung von einem guten Erfolg der Arbeiter gesprochen werden. Und nicht nur die Streikenden selber, auch die gesamte Arbeiterchaft des Industriebezirks Göppingen hat durch diese Bewegung insofern Vorteile erlangt, daß wohl bei den meisten Unternehmern eine andere Meinung über die Arbeiterorganisationsfrage geäußert hat. An den Arbeitern liegt es nun, das Erreichte festzuhalten und die Organisation im Betrieb auszubauen. Nur dann ist Gewähr dafür geboten, daß die getroffenen Vereinbarungen durchgeführt werden. — Noch einige Worte zu dem Verhalten der anderen Organisationen. Der „christliche“ Metallarbeiterverband hatte, wie bereits an dieser Stelle berichtet, mit großem Lautstimm eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Reichsversicherungsordnung“, um einen Dedmantel für seine Stellungnahme zum Streik zu haben. Praktisch hat man eine Resolution angenommen, die den Vorstößen des Gewerkschaftsausschusses, Einigungsverhandlungen anzubahnen, und das zu einem Zeitpunkt, der der allereignisreichsten ist. Man hat seitdem von den „Christlichen“ nichts mehr gehört. Der Christlich-Deutscher Gewerkschaftsverein war angeblich mit 12 Mann am Streik beteiligt. In den Streikversammlungen waren aber meistens nur 7 bis 8 Mann anwesend. Einen desto größeren Eifer entfaltete ihr Sekretär F u c h s (Gannstatt) in der Teilnahme an allen Einigungsverhandlungen, als ob sie mit mehr Arbeitern am Streik beteiligt gewesen wären wie wir. Im Gegensatz zu den 2 bis 3 „Christlichen“ haben sich die Christlich-Deutschen am Streikposten nicht beteiligt. Häßliche Angriffe wie in Nummer 36 des Regulator sind danach unterblieben, da wir den Herren ihre unkluge Handlungsweise mit aller Deutlichkeit zu Gemüt führen.

**Lauschhammer.** Bei der seit Wochen schon anhaltenden tropischen Hitze muß jeder Mensch, wo er nur irgend kann, Abkühlung und Erholung zu finden. Für Jugendliche und Pferde wird gefordert, daß sie bei der großen Hitze wenigstens ab und zu frisches Wasser bekommen. In den Dambussen liegt man die herzhafte Bitte, die Pferde zu schonen, die Tierärztereime um ihr möglichstes zum Schutz der Tiere. Anders liegen die Dinge bei den Arbeitern des großen L a u s c h a m m e r w e r k s G r ö d i z. Hier merkt man nichts vom Schutz der Arbeiter gegen die unerbittliche Hitze. Für die im Werk beschäftigten circa 1400 Arbeiter ist kein Tropfen Trinkwasser zu erhalten. Im Werk selbst ist weder ein Brunnen, noch ist für eine Wasserleitung gesorgt worden. W o r d e m W e r k steht eine Pumpe, aber Wasser ist daraus jetzt nicht zu erhalten. Doch was kümmert das die Direktion von Laushammer? Die Arbeiter haben sich nun zu helfen versucht, sie sind über die Zäune der Nachbargrundstücke hinweg nach Wasser gegangen. Die Besitzer der angrenzenden Grundstücke betreiben die ihren durch stählernen Arbeiter wieder. Das große Laushammerwerk, das Millionen Uebergehälter macht, kann sich selbst kein Brunnen bauen, hörte man wiederholt sagen. Einem der Beamten muß aber doch das Gewissen geschlagen haben. Jetzt darf Wasser vom neuen Beamtenhaus zum Kaffeeloch entnommen werden. Dieses Wasser wird von den Bewohnern des Beamtenhauses selbst nicht getrunken, da es noch nicht auf seine Genußbarkeit untersucht worden ist. Bedenkt man, daß in den einzelnen Abteilungen, beispielsweise in den Rohrhitzen, in denen die Formen durch Gießhitze getrocknet werden, in der Verzinkerei, in der an und für sich eine Gluthitze ist, in der Schmelzerei die Hitze geradezu unerträglich ist, dann erst wird man begreifen, wie lächerlich es ist, 1400 Arbeiter ohne Trinkwasser zu lassen. Bei 30 bis 35 S. Stundenlohn, der dort allgemein üblich ist, können sich die Arbeiter andere Getränke kaufen lassen. Neuanforderungen sind bei der Lohnzahlungsmethode überhaupt nicht in der Lage, hier oder andere Getränke kaufen zu können. Die Gewerkschaften hätte hier ein dankbares Feld für ihre Tätigkeit. Eingehen über Mißstände, die von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an die Gewerkschaften in Reich gemacht wurden, sind bisher unberücksichtigt geblieben. Das Laushammerwerk macht selbst außerordentlich in Wohlstandseinrichtungen. Neben den festen Dividenden von 14 Prozent, die fast regelmäßig gezahlt werden, wird auch der Arbeiterwohlstandfonds mit einigen tausend Mark bedacht. Sollte es nicht praktikabel sein, anstatt diese „Spenden“ dem Fonds einzubehalten, wenigstens für einige hundert Mark die notwendigen, von jedem einsichtigen Unternehmer bereits getroffenen Trinkwasseranlagen zu schaffen? Die Aktionäre des Laushammerwerks tun sich im Bede, die Direktoren haben die Möglichkeit, durch andere Getränke ihren Durst zu stillen, die Arbeiter mögen sehen, wo sie was zu trinken herbekommen. So will es die herrliche kapitalistische Gesellschaft. Was man für Spende und Pferde herbeischafft, brauchen die Arbeiter des Laushammerwerks noch lange nicht. Küchenselbst kann gegen Arbeiter kaum noch gehandelt werden.

**Rüdersberg, 4. August.** Wegen Nichtbewilligung der Forderungen der Arbeiter der S p i e l w a r e n u n d F u r i e haben die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Anzahl Betriebe vor 14 Tagen die Arbeit eingestellt. Aus diesem Anlaß wurde gestern in den Betrieben, die dem Metallindustriellenverbande angehören, die Ausperrung von 60 Prozent der Beschäftigten angekündigt. Unsere Ortsgruppenleitung hat beschlossen, daß sofort alle Beschäftigten die Arbeit niederlegen haben, wenn ein Teil der Arbeiter ausgesperrt wird. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich den Weisungen der Ortsgruppenleitung fügen, werden nach Maßgabe unseres Ortsamtes unterstützt, wer in einem gesperrten Betriebe weiterarbeitet, gilt als Streikbrecher.

**Osnabrück.** Im Osnabrücker Stahlwerk, einem Schwesterbetrieb der Georgsmarienhütte, ist ein Kampf im Gange, dessen Ausdehnung noch nicht abzusehen ist. Hartnäckig verteidigt man dort den Arbeitern jeden Pfennig Lohnzulage und jede Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die Herren der Georgsmarienhütte, die sich selber immer der Loyalität ihrer Arbeiter gegenüber rühmen, haben sich zu Herrschaften entwickelt, die einem Strohstiel und Honigtaube nicht mehr nachgeben. Schon im Mai dieses Jahres wäre es im Wahrscheinlich auf einen Kampf gekommen, im letzten Augenblick kam aber den Herren die Erkenntnis, daß man mit dem starken Reim in Osnabrück nicht mehr durchkommt. Doch schon nach kurzer Zeit haben die Herren in die alten Fehler zurückgefallen. So kommt es dazu, daß jetzt circa 200 Dreher, Schlosser, Schmiede, Schleifer, Feinmechaniker u. s. w. die Kündigung eingereicht haben. Das, was die Arbeiter jetzt fordern, ist ihnen in den Hauptpunkten schon vollständig bei der Besetzung 1907 gewährt worden. Freilich hatte man es dann im Jahre 1908 sehr eilig mit den Abzügen. Begründet werden diese damals mit der traurigen Lage der Werke, man verdrötte die Arbeiter auf bessere Zeiten. Die besseren Zeiten sind gekommen — für die Werke; für die Arbeiter ist alles beim alten geblieben. Beseitigung für den Reim im Stahlwerk ist die Bewegung der S p i e l w a r e n u n d F u r i e. Diese forderten die Zurücknahme des im Jahre 1908 gemachten Abzuges; das Verlangen wurde mündig abgelehnt. Man begründete es mit dem bisherigen hohen Verdienst, der für einen Beschäftigten nach Angabe der Verwaltung 5,60 M. betrug. Es kommt aber hier hochqualifizierte Arbeiter in Frage, die auf andere Werke gleicher Art bedeutend mehr verdienen und auch in Osnabrück schon mehr verdient haben. Bei Lohnarbeitern erlaubt man diese Arbeiter mit 32 S. pro Stunde. Selbst der frühere Generaldirektor G a r t m a n n hat bei den Verhandlungen diese Löhne für gelehrte Arbeiter als zu niedrig bezeichnet. Herr Direktor B u r m meinte aber, es täte sich Schanden daran, wenn diese Löhne nicht höher seien, und deshalb soll

es bei den 32 S. für Feuerstrome und 30 S. für Zuschläger bleiben. Die Betriebsleitung der Arbeiter befandete sich darin, daß sie ihre Forderungen noch weiter heruntersetzten. Anstatt 45 S. Stundenlohn wollten sie sich mit 40 S. zufriedener geben, anstatt Wiederherstellung der früheren Akkordpreise wären sie mit der Zulage der Hälfte des damaligen Akkordpreises besriedigt. Aber auch das lehnte die Direktion ab. Für Schlosser und im Lohn beschäftigte Dreher beantragte die Dreherlei eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 S. Man muß dabei immer beachten, daß 1908 ein Abzug von 8 bis 10 Prozent erfolgte und so gut wie gar nichts seit der Zeit zugelegt worden ist. Das Ergebnis der Verhandlung ist: E s g i b t n i c h t e i n e n P f e n n i g Z u l a g e. Die an zwei Wänden arbeitenden Dreher beantragten einen Stundenlohn von 45 S., die an einer Wand einen solchen von 40 S. Resultat: es bleibt bei 32 S. Dabei stehen die schon erwähnten Schmiede und Dreher vorwiegend im Akkord, so daß die Direktion bei einigermaßen gutem Willen mit Leichtigkeit die Wünsche der Arbeiter hätte befriedigen können. Dem Verdienst der Hilfsarbeiter von 3,30 M. auf 3,60 M. zu erhöhen, lehnt die Direktion auch ab. Wie soll es aber einem Arbeiter heute möglich sein, mit solchem Hungerlohn auszukommen? Die Akkordpreise sollen vorher mit dem Meister vereinbart werden. Auch das lehnt Herr Burm ab. Es wird dem Arbeiter gnädig ausgemessen, daß ihm der Lohn vom Meister mitgeteilt wird. Den Lohn der Maschinenarbeiter von 36 auf 38 S. festzusetzen, wurde ebenfalls abgelehnt. In der Maschinenabteilung fordert man 5 S. Lohn-erhöhung pro Stunde. Die Löhne schwanken zwischen 30 und 45 S. Mit 45 S. werden aber nur einzelne Arbeiter entlohnt. Resultat: E s g i b t n i c h t e i n e n P f e n n i g Z u l a g e. In der Maschinenfabrik und elektrischen Anlage verfolgt die Leitung das Prinzip: Teile und herrsche. Bis jetzt war es dort nur möglich, mit vielen Ueberstunden auf einen einigermaßen zum Leben ausreichenden Verdienst zu kommen. 300, 350 und mehr Arbeitsstunden pro Monat ist nichts Ungewöhnliches. Wer nicht gefügig ist im Ueberstundenstecken, bekommt zur Strafe weniger Akkord geschriebe. In beiden Abteilungen sind einigen Arbeitern die Löhne aufgebessert worden, die anderen Arbeiter wurden auf spätere Zeit verdrängt. Als die Arbeiter bestimmte Angaben verlangten, hieß es: Wie und wann wir zulegen, ist unsere Sache. Die Dreher der Maschinenfabrik bekommen überhaupt nichts. Im F r e i w e r k beantragten die Arbeiter, bei Akkordarbeit die schon vor dem Jahre 1908 üblichen Mindestlöhne mit einem Zuschlag von 5 Prozent wieder zu gewähren. Der Antrag wurde abgelehnt. Bei Lohnarbeitern den S a m m e r m e r k t e n einen Stundenlohn von 40 S., den anderen Arbeitern einen solchen von 35 S. zu gewähren, wurde abgelehnt; nur in untergeordneten Sachen zeigte die Leitung einiges Entgegenkommen. Sprachabteilung der Ueberstunden mit 10 S. pro Stunde wurde in allen Betrieben abgelehnt. Man es da noch wundernehmen, wenn die Arbeiter, denen noch acht bis vierzehn Tage Zeit zum Ueberlegen zur Verfügung standen, die Einreichung der Kündigung beschloßen? Von Bedeutung ist hierbei noch, daß die Organisationsvertreter sich jeder Aufhebung der Kündigung entgegenstellten, sondern die Entscheidung in das freie Ermessen der Arbeiter stellten. Daß nur jedes Stimmzettel gegen die Kündigung abgegeben wurden, zeigt, welcher Eros sich bei den Arbeitern festgesetzt hat. Bei dem starken „Reim“ der Direktion wird die öffentliche Meinung sich zweifellos zugunsten der Arbeiter entscheiden. Unrühmlich benahmen sich zwei Dreher der Abteilung Dreherlei. Obwohl sie ihren Arbeitskollegen erst versprochen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, haben sie ihr Wort nicht gehalten. Der Lohn ist ihnen schon geworden. Beide sind, weil sie Arbeitsunfähigkeit behaupten wollten, zu V o r a r b e i t e r n a b a n c i e r t. — Es gilt jetzt, jeden Zug von Metallarbeitern von O s n a b r ü c k u n d G e o r g s m a r i e n h ü t t e a b z u h a l t e n.

**Stuttgart-Untertürkheim.** Wie im Nachtrag in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung mitgeteilt wurde, hatte die Direktion des D a i m l e r w e r k s zwei Arbeiter der Feinmechanikabteilung wegen einer Kappalle entlassen und, nachdem sich die Arbeiter dieser Abteilung mit den Entlassenen solidarisch erklärten, die ganze etwa 2600 Köpfe zählende Arbeiterchaft reiflos ausgesperrt. Dieser Schritt der Direktion wurde von keiner Seite verstanden. War doch die Ursache der Entlassung der zwei Arbeiter eine so kleine und geringe, daß sie in jedem andern Betriebe im Spätsommer zu einem Verweis, nie aber zur sofortigen Entlassung geführt hätte. Ganz kurz wollen wir die Ursache der Entlassung schildern. In der Feinmechanikabteilung arbeitete eine geringe Anzahl Leute während der Mittagspause, machten also Ueberstunden. Der großen Hitze wegen wurde dies allenthalben mißbilligt. Dieser Mißbilligung gaben die zwei Entlassenen in sehr schändlicher Verbeißung Ausdruck. Der eine hatte im Gespräch gesagt: „Meinetwegen mögen sie (die während der Mittagspause Arbeitenden) verrecken“, der andere: „Für mich ist das (unter Mittag arbeiten) eine Schusterlei und Schürerei.“ Die Mitglieder der Direktion, auch der in diesem Falle maßgebende Direktor, sind Norddeutsche, deren Ohr die schändliche Verbeißung verletzten. Sie entließen die beiden, nachdem sich ein Wächter-gem-Antschneider wegen der Beleidigung beschwert hatte. Daraus entstand also der Konflikt. Schließlich kam es in verfloßener Woche zweimal zu Verhandlungen. Bei der ersten, die im wesentlichen der genauen Feststellung des Vorfalls diente, erklärte die Direktion, korrekt gehandelt zu haben. Sie stützte sich dabei auf das selbstverständliche gegenseitige Recht der Lösung des Arbeitsverhältnisses. Von einer Wiedereinstellung der Entlassenen könne daher keine Rede sein. Die Entlassenen erklärten angesichts der Umstände auf ihre Wiedereinstellung zu verzichten, weil ein längeres Verbleiben im Daimlerwerk doch ausgeschlossen sein dürfte, wenn sie auch wieder hineinkämen. Aber um die Wiedereinstellung der beiden handelte es sich nicht mehr, sondern darum, daß derartige Entlassungen künftig vermieden werden. Der zweite Verhandlungstag galt dem auch der Lösung dieses Problems. Uebereinstimmend kam von allen Seiten zum Ausdruck, daß dieser Vorfall nicht passiert wäre, wenn eine von den Arbeitern gewählte Kommission nicht hätte eingegriffen können. Es wurde daher ein Uebereinstimmendes getroffen, das in Form eines Protokolls den Verhandlungsinstanzen und der Direktion übermittelt wird und wonach künftig in der Regel keine Entlassungen mehr auf Knall und Fall vorgenommen werden, vielmehr wird den zur Entlassung Kommen den drei Stunden vorher mitgeteilt, daß ihre Entlassung erfolgen solle. Während dieser Zeit haben sie dann das Recht, sich beschwerdeführend an die erwähnte und von der Arbeiterchaft noch zu wählende Instanz zu wenden, die mit der Direktion alsdann verhandeln soll. Sollte sich dann ergeben, daß eine Entlassung zu Unrecht erfolgt, wird der Betreffende wieder eingestellt und etwaiger durch Zeitverzug verlorener gegangener Verdienst von der Firma im Stundenlohn ersetzt. Die Instanz (Arbeiterausschuß) soll demnach gewählt und auf deren Meinung gebührende Rücksicht genommen werden.“ Die Vertrauensleute sowie die Abteilung der Feinerei, von wo der Konflikt seinen Ausgang genommen hatte, stimmten diesen Abmachungen in der Mehrheit zu. Die Ausgesperrten erklärten sich sodann durch Annahme einer Resolution mit den Vertrauensleuten und Feinereile solidarisch und billigten die von ihnen getroffenen Beschlässe. Am Montag den 7. August wurde daher zur gewöhnlichen Zeit die Arbeit in v o l l e m U m f a n g e w i e d e r a u f g e n o m m e n.

**Wiener-Neustadt.** In der A u s t r i a - D a i m l e r - F a b r i k wird seit längerer Zeit, speziell in der Dreherei, der Akkord geführt. In der letzten Zeit ist das durch den besonderen Betriebsleiter F u n k e, der zuletzt in America beschäftigt gewesen sein soll, in verstärktem Grade geschehen. Die Firma sucht auch immer in Stuttgarter Mätkern Arbeiter an Rotorenbau. Wir warnen Schlosser, Dreher, Monteur u. v. vor Annahme von Arbeit in diesem Betrieb.

**Schmiede.**  
Lansanne (Schweiz). Wir setzen die deutschen Schmiede und Wagner davon in Kenntnis, daß über die Carrosserie Lansannoise F. Borgatta Fils“ in Lansanne die Sperre verhängt ist. Gebt sich kein Kollege als Sperrebrecher her.

# Rundschau.

## Ein englisches Urteil über den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Kollege Arthur Pugh, Assistent-Sekretär des Britischen Stahlmischerverbandes, der bekanntlich den beiden letzten Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Gast bewohnte, berichtet in Nr. 6 seines Verbandsorgans über seine bei der letzten Generalversammlung gemachten Wahrnehmungen und schreibt unter anderem folgendes:

„Die Gewerkschaften in Mannheim scheinen in bezug ihrer Unter-  
kunft sich nicht so gut zu stehen wie die in Norddeutschland, und  
der Besucher vermischt ein so prächtiges Gewerkschaftshaus wie die,  
die man in Berlin, Hamburg, Kiel und anderswo vorfindet. Für  
die Generalversammlung hatte man jedoch ein passendes Gebäude  
gefunden, das, in einem schönen Park außerhalb der inneren Stadt  
gelegen und mit allen notwendigen Bequemlichkeiten versehen, einen  
idealen Ort zur Erledigung der Beratungen darbot. Die gebräuch-  
lich, wurden die Verhandlungen mit Geisang eröffnet, der von einem  
Arbeitergesangsverein vortrefflich ausgeführt wurde, und der Sitzungs-  
raum war mit Grün und Inzirkeln geschmückt dekoriert.“

Der Berichterstatter geht sodann auf die Entwicklung und die  
Besetzungen unseres Verbandes ein und sagt dann über das Ver-  
bandesorgan unter anderem folgendes:

„Es ist unmöglich, den Vorteil abzumessen, den eine Organi-  
sation durch eine Zeitschrift von dieser Art erlangt und ihr organi-  
satorischer Einfluß muß eine wichtige Rolle spielen in der Organisation  
und in den Mitteln, die diese gewährt, um die deutschen Metall-  
arbeiter über Arbeiterfragen auf dem Laufenden zu erhalten.“

Die Generalversammlung schloß ihre Sitzungen am Samstag-  
abend ungefähr um 9 Uhr, und die Verhandlungen waren von der  
ernsthaften Aufmerksamkeit durchdrungen, die, wie ich glaube, ein  
Charakteristikum des deutschen Gewerkschafters ist. Ich nehme an,  
daß der deutsche Metallarbeiter als typischer Vertreter des deutschen  
Arbeiters überhaupt gelten kann und gestehe, daß er mir um so  
besser gefällt, je mehr ich ihn kennen lerne. Als ein Mitglied der  
britischen Arbeiterklasse sprechend, kann ich nicht umhin, mein Be-  
wundern darüber auszudrücken, daß die Schwierigkeiten, die Arbeiter  
der beiden Nationen mehr miteinander in Fühlung zu bringen, so  
groß sind. In dieser Beziehung leben wir an unserer inzularen  
Lage und unsere Unkenntnis von den Arbeitern anderer Länder ist  
verantwortlich für die trübe Ansicht, daß der „Ausländer“ einer ist,  
mit dem wir nichts gemeinsam haben. Eine Gelegenheit, mit dem  
deutschen Gewerkschaftler in Verbindung zu kommen, zerstreut bald  
diese sonderbare Ansicht und man kann sich vorstellen, wie wenig es  
ist, was uns außer der Sprache noch trennt. Unsere Gegner sind  
die gleichen; unsere Ziele und unsere Bestrebungen sind die gleichen  
und die gleichen Mittel müssen wir anwenden, um zu erlangen und  
festzuhalten, was wir als unsere Rechte betrachten.

Der deutsche Metallarbeiter, wie ich ihn kennen gelernt habe, ist  
ein guter, intelligenter Kollege. Er hat eine Organisation, die nach  
allen Anzeichen die wichtigste und einflussreichste Arbeiterorganisation  
Europas werden wird. Er ist nicht nur ein eifriger Gewerkschaftler,  
sondern auch ein scharfer Politiker, und die ausgezeichnete sozialistische  
Presse, die ihm zur Verfügung steht, macht ihn nicht nur vertraut  
mit den wirtschaftlichen und den politischen Angelegenheiten seines  
eigenen Landes, sondern gibt ihm ebenfalls eine Einsicht in die An-  
gelegenheiten seiner Arbeitsbrüder in anderen Ländern. Dies ge-  
schah auch, als das organisierte Kapital versuchte, das Gewerkschafts-  
wesen in der schwedischen Metallindustrie zu Boden zu drücken. Der  
deutsche Arbeiter verstand die Sachlage und der Deutsche Metall-  
arbeiter-Verband war die Macht, die dem Versuch entgegenarbeitete,  
wenn er erfolgreich gewesen wäre, der Gewerkschaftsbewegung in  
ganz Europa geschadet hätte.

Daß der deutsche Gewerkschaftler die Notwendigkeit der  
politischen Betätigung sehr lebhaft empfindet, zeigt sich besonders in  
der Art und Weise, wie er bei den Wahlen sein Stimmrecht ausübt  
und die große Macht, die der Vertreter der Gewerkschaften und der  
sozialistischen Organisationen im deutschen Reichstag ausüben. Daß  
diese bei der nächsten Wahl noch bedeutend gestärkt wird, ist gewiß.  
(Es sieht wohl jeder, daß dem Kollegen Pugh hier ein kleiner Irr-  
tum unterlaufen ist. Die im Reichstag sitzenden Gewerkschaftsmit-  
glieder sind natürlich nicht als besondere Gewerkschaftsvertreter dahin-  
entsandt worden. Red.)

Es gibt in der Politik wohl einzelne Punkte, wo viel von  
unseren deutschen Kollegen abzuweichen; es gibt aber auch viel, was  
wir mit Vorteil nachahmen könnten. Gewiß würde ein näheres Ver-  
ständnis von beiderseitigem Vorteil sein. Ich freue mich, daß unser  
Verband etwas in dieser Richtung tut, wenn es auch nur wenig  
sein kann.“

### Gewerkschaftliches.

**Metallarbeiter.** Mitgliederbestand der Organisationen in der  
Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	1. Quartal 1911	2. Quartal 1911	Summe
Deutscher Metallarbeiter-Verband	480680	499368	18888
Schmiedeverband	17123	17675	529
Kupfer-Schmiedeverband	4497	4726	252
Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Süd- und Westdeutschland)	41686	42822	686
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verband	38035	41257	3202

Wie aus dem auf Seite 256 dieser Nummer enthaltenen Artikel  
über die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal ersichtlich, ist  
die Mitgliederzahl von 499368 nicht die Gesamtzahl am Schluß des  
zweiten Quartals, sondern nur die aus 433 Verwaltungstellen.

**Dachdecker.** Die Mitglieder des Dachdeckerverbandes haben aber-  
mals den Abschluß an den Bauarbeiterverband ab-  
geschlossen. Von 7634 Mitgliedern beteiligten sich 4778 an der  
Urabstimmung. Für die Verschmelzung stimmten 1327 Mitglieder,  
dagegen 3430.

**Lagerhalter.** In München tagte vom 9. bis zum 12. Juli die  
12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter  
und Lagerhalterinnen Deutschlands. Der Verband ist in den letzten  
zwei Jahren von 2140 Mitgliedern auf rund 2500 gestiegen. Die  
Fluktuation ist recht groß, denn 1910 traten 361 Mitglieder ein und  
226 wieder aus. Diese traten zum Teil bei Privatunternehmern  
in Beschäftigung, zum Teil machten sie sich selbständig. Von all-  
gemeinerem Interesse waren wiederum die Punkte der Tagesordnung:  
„Die Tarifverhandlungen mit dem Zentralverband  
deutscher Konsumvereine“ und „Die Konsumvereine als  
Arbeitgeber und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiter-  
bewegung“. Zum ergebnisreichen Referat v. E. (Leipzig).  
Es handelt sich hauptsächlich um eine Resolution, die auf  
einer früheren in Leipzig abgehaltenen Generalversammlung ange-  
nommen wurde und folgendermaßen lautet:

„In Anbetracht des geringen Entgegenkommens des Vorstandes  
des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beim Abschluß des  
Dienstvertrages wolle die Generalversammlung beschließen,  
dem Dienstvertrag nur unter der Bedingung die Zustimmung zu  
geben, wenn im § 8 folgende Änderungen vorgenommen werden:  
Der gesamte Ueberzuschuß und das gesamte Defizit sind auf  
das nächste Geschäftsjahr zu übertragen, oder die Uebertragung von  
Ueberzuschuß und Defizit muß 1/2 Prozent betragen. Auf Waren, die  
von Verkaufsstelle zu Verkaufsstelle geliefert werden, müssen 1/2 Proz.  
Manöververgütung in Anrechnung gebracht werden. Die bestehenden  
Vergünstigungen dürfen unter keinen Umständen aufgehoben werden.“

Nach dem erwähnten § 8 des Dienstvertrages ist der Lager-  
halter ein gewisser Prozentsatz des Warenerlöses als Monats-  
gutgeschrieben. Ergibt sich bei der Abrechnung ein höheres Plus, so  
wird der Rest von diesem, der nach Abzug des hereinbrachten Prozent-  
satzes noch bleibt, für die folgende Abrechnungsperiode vorgezogen.  
Ein sich bei der Abrechnung ergebender Ueberzuschuß fällt jedoch an  
die Genossenschaft. Die gegen diese Bestimmung gerichtete obige  
Resolution wurde vor zwei Jahren auf der Generalversammlung zu

Frankfurt a. M. mit 32 gegen 32 Stimmen aufrechterhalten. Die  
diesjährige Generalversammlung beschloß in namentlicher Abstimmung  
mit 82 gegen 14 Stimmen das gleiche. Zu: „Die Konsum-  
genossenschaften als Arbeitgeber und ihre Be-  
ziehungen zur modernen Arbeiterbewegung“ referierte Verbands-  
sekretär Döhnel (Leipzig). Folgende vom Referenten vorgelegte  
Resolution wurde angenommen:

„Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter  
und Lagerhalterinnen Deutschlands erkennt gern an, daß ein Teil  
der Konsumvereine bemüht ist, den sozialen Verpflichtungen, die sie  
als Arbeitgeber ihren Arbeitern und Angestellten gegenüber zu er-  
füllen haben, nachzukommen.“

Die letzte vom Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen  
aufgenommene Statistik zeigt jedoch, daß ein großer Teil der Konsum-  
vereine seine soziale Pflicht als Arbeitgeber nicht erfüllt. Die  
12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lager-  
halterinnen Deutschlands ist sich bewußt, daß die Konsumvereine im  
heutigen kapitalistischen Staatswesen im gewissen Sinne kapitalistisch  
geleitet werden müssen, um sich lebens- und leistungsfähig zu er-  
halten. Sie kann sich jedoch mit der Ansicht des Genossen v. Elm,  
„die Konsumgenossenschaften, wirtschaftlich gesprochen, nur als Kräm-  
er betrachten“, nicht einverstanden erklären. Die Konsumgenoss-  
schaften sollen im heutigen Wirtschaftsleben eine höher entwickelte  
Form der Warenvermittlung darstellen. Durch direkte Uebermittlung  
der täglichen Gebrauchsgegenstände an die Konsumenten soll deren  
Kaufkraft erhöht werden.“

Eine weitere Aufgabe der Konsumgenossenschaften muß aber  
sein, wertvolle soziale Arbeit durch Schaffung muster-gültiger Lohn-  
und Arbeitsverhältnisse zu leisten. Deshalb fordert die 12. General-  
versammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen  
Deutschlands die Konsumgenossenschaften, die diese Aufgabe noch  
nicht erfüllen, auf, den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung  
zu tragen.

Sie begrüßt es dankbar, daß sowohl auf dem internationalen  
Kongreß in Kopenhagen, wie auch auf dem Parteitag in Magdeburg  
die sozialdemokratische Partei ihre Mitglieder durch Annahme von  
Resolutionen verpflichtet hat, in diesem Sinne in ihren Vereinen zu  
wirken.

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter  
und Lagerhalterinnen verurteilt aufs schärfste das Verhalten einiger  
Konsumvereine, die ihren Lagerhaltern den Beitritt zu dem Lager-  
halterverband verbieten, und fordert die Gewerkschaften auf, an den  
Orten, wo mehrere Konsumgenossenschaften bestehen, nur die Konsum-  
genossenschaft zu unterstützen, die das Kooperationsrecht ihrer An-  
gestellten und Arbeiter respektiert.

In der Erkenntnis jedoch, daß innerhalb des heutigen, nach  
Konzentration der Erwerbs- und Wirtschaftsbetriebe drängenden  
Wirtschaftssystems keine Zwergbetriebe von Konsumgenossenschaften  
weder ihre wirtschaftlichen noch ihre sozialen Aufgaben erfüllen  
können, verpflichten sich die Mitglieder des Verbandes der Lager-  
halter und Lagerhalterinnen Deutschlands, allen Zerstückelungsver-  
suchen der Konsumgenossenschaftsbewegung entgegenzutreten und die  
Schaffung großer leistungsfähiger Bezirkskonsumvereine zu fördern.“

Am letzten Verhandlungstage wurde über die Verschmel-  
zung s. frage debattiert. Es wurde sowohl für den Beitritt  
an den Verband der Handlungsgesellschaften wie an den der Transport-  
arbeiter gesprochen. Es wurde jedoch einstimmig beschlossen, mit  
dem erstgenannten wegen der Verschmelzung in Verhandlung zu  
treten. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß wurden die Anträge auf  
Veränderung des Verbandsorgans abgelehnt. Die für das letztgenannte  
bestehende Prekommission wurde aufgehoben.

**Stukkateure.** Der Zentralverband der Stukkateure, Gipser,  
Plasterer und verwandter Berufsgenossen hielt vom 16. bis zum  
22. Juli zu Dresden seinen achten Verbandstag ab. Der  
wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Angliederung  
an den Bauarbeiterverband, wozu der Vorsitzende  
Denthall referierte. Es haben schon Verhandlungen zwischen  
den Verbänden stattgefunden. Es besteht in der Hauptsache noch  
insofern eine Differenz, als die Stukkateure fordern, daß eine von  
ihnen einzuführende Erwerbslosenunterstützung in der Sektion der  
Stukkateure und Gipser innerhalb des Bauarbeiterverbandes be-  
halten werden solle. Dies durchzuführen, hält der Vorstand des  
Bauarbeiterverbandes für unmöglich. Der Referent sprach sich dahin  
aus, daß eine dringende Notwendigkeit zur Verschmelzung nicht  
vorliege. In der Diskussion sprach sich jedoch die Mehrheit der  
Redner für die Verschmelzung aus. Es wurde beschlossen, eine Ur-  
abstimmung darüber vorzunehmen und daß die Verschmelzung nur  
dann als beschlossene gelten soll, wenn zwei Drittel der Mitglieder  
sich an der Abstimmung beteiligen und 60 Prozent der Abstimmenden  
sich dafür erklären. Ein Antrag auf Anstellung eines dritten Gau-  
leiters wurde angenommen. Die Anträge, die den Gauleitern und  
den sonstigen Funktionären das Stimmrecht auf den Verbandstagen  
nehmen wollten, wurden teils abgelehnt, teils zurückgezogen. Es  
wurde ferner beschlossen, die Beiträge durchweg um 5 % zu erhöhen  
und eine fünfte Beitragsklasse einzuführen. Die Streikunterstützung  
war bisher entsprechend den Beitragsklassen abgestuft. Jetzt tritt ferner  
noch bei längerer Mitgliedschaftsdauer eine Erhöhung ein. Mit-  
glieder, die dem Verbands drei bis fünf Jahre angehören, erhalten  
wöchentlich 50 %, mehr und Mitglieder mit mehr als fünfjähriger  
Mitgliedschaft 1 %.

### Von den Feiertagen.

Wie bekannt, hat Papst Pius X. vor einigen Wochen ein ge-  
wisches Verbot für die Bedürfnisse des Kapitalismus bewiesen,  
indem er anordnete, daß einige, bisher innerhalb der Woche ge-  
legene katholische Feiertage nunmehr erst am folgenden Sonntag ge-  
feiert werden sollen. In den Zeitungen ist ja sehr viel darüber  
geschrieben worden. Aus dem gleichen Anlaß veröffentlicht ein  
Dr. Emil Levi (Stuttgart) im ersten Morgenblatt der Fran-  
furter Zeitung vom 3. August (Nr. 213) einen kurzen Artikel,  
der folgende beachtenswerte Stelle enthält:

„Eine Reform der alten Feiertage hat mit unendlich mehr  
Schwierigkeiten zu kämpfen, da jede Änderung in die ältesten durch  
Personen und den Glauben geheiligten Gebräuche eingreift und  
ist auch nicht so dringlich. Eine einzige Änderung, die aber auch  
keine Beschränkung, sondern eine zeitgemäße Erweiterung der Feie-  
rstage ist, hat seit einiger Zeit angefangen Fuß zu fassen, nämlich  
die Freigabe des Samsstags. Mit diesem bilden Karfreitag  
und Oftern vier aufeinanderfolgende Feiertage. Die Erkenntnis, daß  
die Unterbrechung der drei Feiertage durch den einen Arbeitstag,  
den Samstag, den Arbeitsbetrieben keinen Nutzen bringt, sondern  
nur eine unrentable Betriebsaufnahme mit vielen Kosten ist, hat  
diesen Fortschritt gebracht, den die Systeme nur unterstützen kann.“

Bekanntlich gilt in Norddeutschland der Gründonnerstag eben-  
falls als Feiertag, nicht zur Freude der Arbeiterschaft. Diese würde  
aber sicher weniger dagegen einzuwenden haben, wenn der Sam-  
stag, wo vielfach ohnehin mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet  
wird, ganz freigegeben würde. Es ist allerdings dabei zu beachten,  
daß an diesen Tagen das Wetter oft noch recht unangenehm ist. Ist  
doch sogar schon mehr als einmal gesagt worden, daß die Freigabe  
des Samsstags der Arbeit auf den 1. Mai in  
sofern als unpraktisch erwiesen hat, als es an diesem Tage in nörd-  
lichen Ländern oft noch empfindlich kühl ist.

### Streitbrecherlisten.

Der Streik in der Rastatter Waggonfabrik, wobei  
bekanntlich Unternehmer und Polizei geradezu wie an anderen Orten  
gemeinsame Sache machten, um mit den braven Hamburger Streit-  
brechern den um günstigeren Lohnbedingungen kämpfenden Metall-  
arbeiter den Erfolg vorzunehmen, hatte mancher böse  
Nachspiel. Noch nicht lange ist es her, daß gewerkschaftliche Beamte  
vor Gericht sich wehren mußten. Jetzt folgt zum Schluß etwas  
S. o. i. d. e. Der letzte von der Hamburger Firma Müller bezogene  
Sitzmann hatte bis in die Hundstagsstunde auf seinem Streitbrecher-  
posten ausgeschaut und machte Miene, sich auch als Jäger christlicher  
Arbeitswilliger in Rastatt häuslich niederzulassen. Fabrikdirektor

Jacob schloß gerne die Streitbrecher für den Familientransport vor,  
eilt die hundert Marl. Die Angehörigen trafen auch ein. Am letzten  
Abend nahm der Streitbrecher seinen letzten  
Lohn, um der Erfüllung Rastatt geräuschlos das letzte  
Lebewohl zu sagen. Fort war der Bruder Hamburger,  
aber seine Familie bleibt unberührt zurüd. Es  
bleibt zunächst die Sorge der Familienangehörigen, sich der Unter-  
stützung ihres entflohenen Geliebten anzunehmen. Er floh, um ander-  
wärts fliegen zu helfen, der „gute eheliche Arbeitswillige“. Vielleicht  
ist von der ertragprächtigen Wehndachsaltern, mit denen die kapitalisten-  
freundliche badiische Genbarmerie beehrt wurde, noch ein Vorrat ver-  
wendbar, um die nicht altmütterliche Familie wieder ihrem Er-  
nährer zuzuführen. Der Staat, der sich so herzlich für den Streitbrecher  
annahm, sollte aus seiner Bivallide jetzt auch für „das Fortkommen“  
unruhig geworbener „nützlicher Elemente“ sorgen, ohne die Steuer-  
zahler zu belasten.

### Die Techniker und die Gelben.

Ueber die gelben Musterknaben urteilt die Deutsche  
Technikerzeitung, das Organ des Deutschen Techniker-  
verbandes, in ihrer Nummer vom 8. Juli folgendermaßen:

„Es wird unter den Arbeitnehmern immer weniger geben, die  
außerhalb ihrer Berufsorganisationen stehen und die als Unorganisierte  
unter den Folgen eines Streiks oder einer Aussperrung am  
empfindlichsten getroffen werden. Auf diesen Teil der Arbeiter und  
Angestellten spekuliert man zunächst, und wie die Erfolge der neueren  
Gründungen beweisen, hat man richtig gerechnet. So oft ein solcher  
Verein ins Leben gerufen wird, hört man über die Notwendigkeit  
und den Zweck des Vereins freilich nur wenig. Es heißt da meistens:  
Die älteren Angestellten und Arbeiter, die schon jahrelang im Betrieb  
gearbeitet haben, hätten ein Bedürfnis, öfters zusammenzukommen,  
müßten dann und wann bei einem Glase Bier mit den Direktoren  
des Werkes zusammen sein. Die Direktoren hätten ähnliche Wünsche.  
Da wäre ein Verein das Richtige. Den einen Vorzug hätte jedoch  
ein Verein nebenher, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen  
Leitung und Werksangehörigen ohne viel Aufhebens und unterhand  
beglichen werden könnten.“

Solang es Streiber, Schwache, Charakterlose  
Menschen geben wird, so lange werden derartige unternehmer-  
freundliche Arbeiter- und Beamtenvereine, die sich von vornherein  
des Streikrechts begeben, die schwerste Gefahr aller Berufsorgani-  
sationen darstellen, weil sie nichts anderes sind, als ein Werkzeug  
der Unternehmung gegen die unabhängigen Verbände der  
Arbeiter und Angestellten, von vornherein dazu bestimmt, in ge-  
gebenen Augenblick diesen Verbänden in den  
Rücken zu fallen.“

So schloßen auch die Unternehmer sich zu Arbeitgeberverbänden  
auf, um mit der ausgesprochenen Absicht, die Organisation der  
Arbeitnehmer zu zerbrechen. Es ist nicht immer offener Kampf nötig,  
um dieses Ziel zu erreichen. Ein viel umsichtigeres, aber für die  
Arbeitnehmer um so gefährlicheres Mittel ist nun die Gründung  
einer Vereine. Hier wird proklamiert, daß die Unter-  
nehmer, daß die Direktoren es gut meinen mit der Arbeiterschaft und  
den Angestellten; ein freundschaftliches Zusammenarbeiten im Interesse des  
Betriebs wird angestrebt, der Streik, das einzige Mittel, den Ge-  
meinschaftswillen durchzusetzen, wird als unbrauchbare Waffe, als  
veraltet ausrangiert. Alle Streitigkeiten werden auf dem Wege  
friedlicher Verständigung aus der Welt geschafft — und das alte  
Kriegsverhältnis von oben ist wieder hergestellt.  
Dahum sind diese Gründungen überaus gefährlich, sie wirken mit  
ihren Lodungen einschüflend, zermürben das moralische  
Müßgrat der Arbeitnehmer, zerstören die  
Tugenden des Solidaritätsgefühls, des  
Opferstums, und beschwören schließlich wieder Zustände her-  
auf, von denen wir uns eben in jahrzehntelangem schwerem Ringen  
freigemacht hatten und die helfen, daß wieder der Unternehmer  
Herrsgewalt gewinnt über Person und Leben des Angestellten. Im  
Betriebe des Alltags lassen sich die Verführten kostbare Güter lang-  
sam und allmählich aus den Händen winnen, langsam und all-  
mählich sinken in den Sumpf die Ideale des freien Mannes, der  
freien Arbeit, des freien Arbeitsvertrages.

Darum fort mit den Gelben! Sie taugen uns  
nichts!“

Das ist deutlich. Wir wollen nur wünschen, daß diese Aus-  
führungen eines Sachkundigen von den Technikern beherzigt werden.

### Die erste Jahreshauptversammlung der gelben Werkvereine.

Das Scharfmacherblatt Die Post berichtet in Nr. 354 über  
die erste Jahresversammlung des Bundes der deutschen  
Werkvereine, die am 29. und 30. Juli in Dresden tagte.  
Wenn die Post der Meinung Ausdruck gibt, daß diese Art gelber  
Organisationen überall im Reich im kräftigen Vordrücken begriffen  
sind, so ist das ein Zeichen löblicher Bescheidenheit. Nach dem Be-  
richte der Post selbst betrauten die 155 Delegierten, die in Dresden  
versammelt waren, ganze 66 620 Mitglieder. Giebt man in Betracht,  
daß diese Vereine ihre Existenz fast ausschließlich der Gewaltpolitik  
einiger Berliner, rheinischer und süddeutscher Großindustriellen her-  
anken, daß also zahlreiche Mitglieder um ihrer Existenz willen nur  
gezwungen den Werkvereinen angehören, so muß man das  
Rekordat scharfmacherischen Mühen geradezu kärglich nennen. Von  
irgendwelcher nennenswerten Tätigkeit zugunsten ihrer Mitglieder  
kann bei diesen Organisationen schon um deswillen keine Rede sein,  
als ihr zum guten Teil aus Anwendungen der Unternehmer zu-  
sammengesehtes Vermögen im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften  
außerordentlich niedrig ist. Es beläuft sich, was die Post be-  
scheidenerweise verschweigt, auf etwas über 7 M. pro Mitglied; die  
jährlichen Einnahmen stellen sich auf gut 9 M. Es muß noch be-  
merkt werden, daß zu den 66 620 Mitgliedern noch eine Anzahl  
jüngere Zwangsmitglieder gehören, denn es heißt in den  
Berichte der Post:

„Um auch die Arbeiterjugend in noch größerem Umfange als  
bisher für die Werkvereinsbewegung zu gewinnen und ihr den Um-  
weg durch die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlichen Kampfs-  
organisationen zu ersparen, wurde beschlossen, die Arbeit zur Ge-  
winnung der Pflege der Jugend in den einzelnen Werkvereinen plan-  
mäßig in die Hand zu nehmen. Jeder Werkverein soll dahin streben,  
eine eigene Jugendabteilung zu gründen.“

Die Jugendfürsorge wird die gelben Werkvereine um so weniger  
auf den grünen Zweig bringen, als diese sogar unter den ent-  
stehenden Gegnern der Sozialdemokratie im übersten Rufe stehen.  
Schrieb doch die antisemitische Zeitung Das Reich am 14. Juli 1910:  
„Diese gelbe Bewegung flagmiert trotz der sehr reichlichen Zu-  
schüsse, die die Großindustriellen dafür ausgeben, und gegen die  
Sozialdemokratie nicht sie rein gar nichts, der weilen eine  
solche charakterlose Bewegung keine Person-  
lichkeiten erzieht, sondern Mammonsfeelen,  
die dahin laufen, wo ihnen der meiste Vorteil winkt.“

Sobald die jungen Zwangsmitglieder frei werden, schütteln sie  
die „Sognungen“ der gelben Vereine von sich ab und gehen dahin,  
wohin sie gehören: in die freien Gewerkschaften!

### Vom Ausland.

#### Großbritannien.

In Dundee tagte am 6. und 7. Juli der Jahreskongreß des  
britischen Gewerkschaftsbundes (General Federation of Trade Unions)  
des 135 Verbände und Vereine mit 711 994 Mitgliedern ange-  
schlossen sind. Die deutsche Generalkommission hatte auf Einladung  
drei Vertreter, die Genossen Kube, Sassenbach und Um-  
breit ent sandt. Der Lord Provost (Oberbürgermeister) von Dundee  
beglückte den Kongreß herzlich und betonte, daß in Dundee in allen  
Frage die Gewerkschaften und ihre Forderungen anerkannt würden.  
Zu einer englischen Ansprache überdrachte Sassenbach die Grüße

der deutschen Gewerkschaften. Er hob den großen Einfluss des englischen Gewerkschaftswesens auf die deutschen Gewerkschaften hervor und gab eine Darstellung der letzteren, ihrer Zentralisation, ihrer Stärke, ihrer Presse und ihres Verhältnisses zur politischen Arbeiterbewegung. Besonders schärferte er die Konzentration auf großen leistungsfähigen Zentralsverbänden. Er erklärte, daß für jeden Beruf nur ein Verband bestehe, daß die deutschen Gewerkschaften von Anfang an sowohl die ungelerten, als auch die weiblichen Arbeiter ausgenommen haben, und daß alle modernen Gewerkschaften der Generalkommission angeschlossen sind. Der Einfluss der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse auf die Erziehung und Aktivität der Mitglieder sei ein bedeutender. Dieses sei in Deutschland erreicht, wovon heute die englischen Gewerkschaften lernen könnten. Er erklärte, daß die deutsche Arbeiterklasse von den brüderlichsten und freudlichsten Gefühlen für die englische Arbeiterklasse erfüllt sei und die Bestrebungen der herrschenden Klasse, die Völker zu entzweiten und zum Kriege zu drängen, entschieden verurteile. Diese Bestrebungen seien durch die Arbeiterbewegung durchkreuzt worden. Ein Antrag, die Rede des Redakteurs durch Sonderdruck zu verbreiten, wurde scheinlich abgelehnt und einstimmig beschlossen. Die französische Confédération Générale du Travail ist durch Jouhaux vertreten, der ebenfalls eine Ansprache hielt.

Die Verhandlung des ersten Tages erstreckte sich auf den Geschäfts- und Kasienbericht des leitenden Komitees und den Bericht der Revisionen. Eine Resolution von Lillies, die den streikenden Transportharbeitern die Sympathien des Kongresses ausdrückt, wurde einstimmig angenommen. Mehrere Anträge auf Erhöhung der Beiträge an die Föderation wurden dem leitenden Komitee überwiesen, ebenso ein Antrag, den durch Streiks in Mitteldeutschland gezogenen ungelerten Arbeitern Unterstützung zu sichern. Einen breiten Raum nahm die Debatte über einen Antrag der Föderation der Schmiebe und Kleier ein, die durch die Ausperrung der Kesselschmiebe außer Arbeit gekommen und ohne Unterstützung der General-Föderation geblieben waren. Ihr Antrag um nachträgliche Unterstützung wurde mit 47 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Nach den Satzungen erhalten nur solche Gewerkschaften Unterstützung von der Föderation, die selbständig in einen Streik treten, nicht aber solche, die von einem Streik anderer in Mitteldeutschland gezogen werden. Dies hat ferner zu dem Uebelstand geführt, daß die Gewerkschaften ungelerner Arbeiter fast stets von der Unterstützung durch die Föderation ausgeschlossen sind, obgleich sie sehr oft in Streiks geleiteter Arbeiter hineingezogen werden. Sie können nur dann Unterstützung von der Föderation erhalten, wenn sie selbständig in einen Streik treten, was aber nicht oft vorkommt.

Dann beschloß der Kongress einige Grenzstreitigkeiten zwischen Kesselschmieben und Schiffbauern. Es lag eine Beschwerde der Kesselschmiebe vor gegen die Schiffbauer wegen unberechtigter Ausübung von Arbeiten, die eigentlich den Schiffbauern zuständen. Nach heftiger Debatte wurde die Beschwerde zurückgezogen. Eine Resolution von Lillies beauftragte das leitende Komitee, internationale Verbindungen anzuknüpfen, zwecks Austausch von Informationen. Ein weiterer Antrag will, daß das Komitee die Gewerkschaftsverbände anhalt, sich an der Agitation und Organisation unter unorganisierten Arbeitern zu beteiligen. Beide Anträge wurden angenommen. — Ein Antrag auf Einsetzung von Disziplinskomitees wurde dem leitenden Komitee überwiesen. Ein etwas altertümliches Verfahren der Vermögensanlage ist durch Kongressbeschluss beseitigt worden. Das Vermögen der General-Föderation liegt in einem Gehaltsamt in London, dessen drei Empfänger in Händen von drei Personen in verschiedenen Teilen des Landes sind. Diese drei Personen müssen erst zusammenkommen, um Geld für Organisationszwecke entnehmen zu können. Das Geld soll nunmehr baarmäßig belegt werden. Die Verhandlungen zeichneten sich durch Kürze und Sachlichkeit aus.

Frankreich.

In Paris hatten am 10. Juli die sämtlichen Bauarbeiter (zirca 90 000 Mann, darunter Bauhelfer, Klempner und Holzleger) die Arbeit eingestellt. Das Kampfbüro war der Neunfundentag und die Befestigung des 32. Winkelsystems. Am 20. Juli wurde jedoch der Streik plötzlich erfolglos abgebrochen. Der Kampf um den Neunfundentag sollte auf den Arbeitstagen durch „direkte Aktion“, das heißt durch Verlassen der Arbeit nach Vollendung der genannten Arbeitstage, weitergeführt werden. Doch ist bis jetzt noch nichts von den Meisterten dieser Art zu merken. Überall wird auf den Bauern wie bisher 10 Stunden gearbeitet. Ob die sozialistischen Strömungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die sich vor Jahren nicht entblähelten, in französischen Gewerkschaftsorganen von einem Ausmaß der deutschen Gewerkschaftsmethode zu schreiben, ihr abfälliges Urteil nun auch über die französische Methode ansprechen werden? — Die französische Gewerkschaftslehre ist durch die Entartung eines sehr bekannten und mit vielen Kennern bekannten Schriftstellers als Polizeispiegel in begriffliche Anweisung geraten. Dieser Spiegel hätte sich vor drei Jahren Clemenceau selbst angeheftet und seitdem gegen einen monatlichen Subsidium von 250 Franken Berichte geliefert. Seine Tätigkeit als agent provocateur ist unter anderem das furchtbare Bombardement in Villeneuve St. George im Jahre 1908, zwei Monate nach seiner Engagierung als Spiegel, anzuschreiben.

Norwegen.

Anschluß der Ausperrung in der norwegischen Metallindustrie erwirbt der Vorstand des norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes die deutschen Kollegen um strenge Fernhaltung des Zugangs.

Letzte Nachrichten.

Die Ausperrung der Metallarbeiter in Thüringen.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes Thüringer Metallindustrieller hat am 4. August in Erfurt beschlossen, daß am 5. August 60 Prozent der bei den Mitgliedern jenes Verbandes beschäftigten Arbeiter ausgeperrt werden müßten. Damit ist die vom 2. Juli auf den 5. August vertagte Ausperrung erfolgt. Diese Ausperrung ist ein präventives Geschäftsgang.

Von den sechs Fällen, die den Thüringer Metallindustriellenverband betrafen, die Ausperrung ausübenden, sind vier durch Verhängung erledigt worden. In den zwei anderen Fällen (Lopi & Söhne in Erfurt und Kessel- und Stahlwarenfabrik von Wolff, Quippenberg & Co. in Sötershausen) wählten die Firmen die Verhängung aus. Der Geschäftsführende Ausschuss der Thüringer Metallindustrieller hat die Erfüllung einiger beschleunigter Wünsche, die leicht erfüllt oder geregelt werden konnten, verweigert. Der Geschäftsführer Quippenberg in Sötershausen betweigert nicht nur die Verhängung und Befreiung der dortigen Arbeiter, sondern auch die Verhängung der Arbeiter in Sötershausen, sondern verlangt den Verzicht der am streikenden Schiefer auf die Wiedereinstellung in seinen Betrieb. Weil die neuen Streikenden nicht auf die Erfüllung verzichtet haben und die übrigen Arbeiter des Betriebs nicht beschließen konnten, die Schiefer jenen darauf verzichten, hat die Firma am 29. Juli in Sötershausen 350 und am 4. August in der Filiale Ohrdruf 12 Personen ausgeperrt.

Das sind die zwei nicht erledigten Fälle, weswegen der Verband Thüringer Metallindustrieller am 5. August folgende nachfolgende Arbeiter in vier Orten Thüringens ausgeperrt hat:

Die Metallarbeiter in den von der Ausperrung betroffenen Betrieben haben für den Fall, daß die Ausperrung erfolgt, durch den Thüringer Metallarbeiter-Verband Forderungen auf Verhängung der Arbeitszeit, Erhöhung der Lohnsätze und der notwendigen Abschaffung und Weglassung der besondern Entschädigung für Überarbeit an den Betrieben Thüringer Metallindustrieller stellen lassen. Bei den Verhandlungen zur Befreiung einer Verhängung über die bestehenden Differenzen verlangte der Metallindustriellenverband

die Zurückziehung dieser Forderungen. Darauf hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Metallindustriellenverband am 4. August vor seiner Beschlußfassung über die Ausführung der Ausperrung mitgeteilt, daß die Forderungen der Arbeiter als zurückgezogen betrachtet werden, wenn der Metallindustriellenverband die angebotene Ausperrung nicht vornimmt. Der Metallindustriellenverband kann also nicht erklären, die Ausperrung wird deshalb vorgenommen, weil die Forderungen vom Metallarbeiter-Verband gestellt worden sind.

An der Ausperrung sind die Orte Ilmenau, Apolda, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Göttingen, Jöhrenshausen, Korbhütte, Nordhausen, Ohrdruf, Lambach, Zeulenroda und einige andere Orte beteiligt. Ausgesperrt sind bis jetzt 6000 bis 6500 Personen. Obwohl die Ausperrung unter den Arbeitern über die sibirische Proklamation überall sehr groß ist, wurde die Ruhe bewahrt. In einigen Betrieben in Erfurt konnten die Arbeiter es nicht verhehlen, daß die nicht ausgeperrten 40 Prozent im Betriebe bleiben sollten, sie verließen mit den ausgeperrten Kollegen die Betriebe. Es ist aber notwendig, daß die Arbeiter unter allen Umständen die Anordnungen ihrer Verbandsleitung abwarten und befolgen.

Die blätterliche Presse wehlt zu der Ausperrung nicht viel zu sagen. In der vorigen Woche versuchten die Eisenacher Tagespost, die Deutsche Gewerkschaftszeitung in Apolda und das Zentralorgan, die Kölnische Volkszeitung, die Verhandlungen, die am 2. August in Eisenach zur Verständigung über die Differenzen in der Fahrzeugfabrik Eisenach stattgefunden haben, gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband auszusprechen. Er soll die Verantwortung für die Ausperrung tragen, weil er die anderen Organisationsstellen nicht gefragt hat, ob er die Forderungen stellen darf, und weil er die gestellten Forderungen nicht zurückzieht, da die anderen Organisationsstellen und die Unternehmer es verlangen.

Damit den unrichtigen Ausstellungen der Medien entgegen zu treten, seien die Tatsachen angeführt: Am 28. Juli beauftragten die Versammlungen der mit der Ausperrung bedrohten Metallarbeiter ihre Verbandsleitung, die oben skizzierten Forderungen an den Metallindustriellenverband einzureichen. Am 31. Juli übermittelte die Verbandsleitung die Forderungen an den Metallindustriellenverband. Am 2. August erhielt der Verbandsleiter auf dem Wege zur Verhandlung in Eisenach die Antwort des Industriellenverbandes, in der gefordert wurde, der Metallarbeiter-Verband solle die Forderungen zurückziehen und bis 10 Uhr vormittags am 4. August Bescheid gegeben haben. In der mündlichen Verhandlung am 2. August in Gegenwart der anderen Organisationsvertreter sagten die Unternehmervertreter bis zur erfolgten Verständigung über die Differenzen in der Fahrzeugfabrik kein Wort. Als der Verbandsleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Auftrage aller an der Verhandlung beteiligten Organisationsstellen die Erklärung abgegeben hatte: Den ausgeperrten Fahrzeugarbeitern werden die letzten Vor schläge der Direktion zur Annahme empfohlen werden, wurde von den Unternehmervertretern das Verhandlungsergebnis verlesen, wie sie es fixiert hatten. Darin war die Bedingung enthalten, daß die Zugeständnisse der Fahrzeugfabrikdirektion nur bestehen blieben, wenn die Forderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zurückgezogen würden. Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärte sofort, daß seine vorher abgegebene Erklärung nur auf die Vereinbarung mit der Fahrzeugfabrik Bezug hatte und bezüglich der Zurückziehung der Forderungen nicht gelten sollte, da darüber nicht verhandelt worden war und auch nicht verhandelt werden konnte. Die Unternehmer nahmen die Erklärung an, aber die Vertreter der anderen Arbeiterorganisationsstellen glaubten die Verständigung gefährdet und ließen sich deshalb in Gegenwart der Unternehmer dazu verleiten, Wort für gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu erheben. Selbstverständlich verurteilten die Unternehmer, Kapital aus der Situation zu schlagen, aber ohne Erfolg. Der Unklarheit in den Köpfen der Unternehmer und der Vertreter der Arbeiterorganisationsstellen wurde durch die Aufklärung unseres Vertreters, daß die Fahrzeugarbeiter mit der Annahme der jenen getroffenen Vereinbarungen die Zurückziehung der weitergehenden Forderungen für ihren Betrieb beschließen, ein Ende bereitet. Damit war das Verhandlungsergebnis gegeben und die Verständigung der Fahrzeugarbeiter hat die Vereinbarung angenommen. Nun hätte die Arbeit aufgenommen werden können, wenn die Ausperrung nicht angebroht gewesen wäre. Die Ausperrung ist aber trotz der Verständigung in Eisenach erfolgt und obwohl der Metallarbeiter-Verband keine Forderungen mehr für den Fall gestellt hatte, daß ausgeperrt werden würde. Die beantragten Forderungen sind also auch nicht der Grund für die erfolgte Ausperrung.

Die bürgerliche Presse vom Schlage der Kölnischen Volkszeitung und der Deutschen Gewerkschaftszeitung werden zu ihrem Leide nicht in die Lage kommen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande die Verantwortung für die Ausperrung aufzuerheben zu können.

Kilburg, 5. August. In sechs hiesigen, dem Bezirksverband der Metallindustriellen für Thüringen angeschlossenen Betrieben wurden heute 800 organisierte Metallarbeiter ausgeperrt. Im benachbarten Göttingen beträgt die Zahl der Ausgesperrten in zwei Betrieben 75.

Korbhütte, 5. August. Die Firma J. Korbach hat 35 Mann ausgeperrt.

Zeulenroda, 5. August. In der Raschmeyerfabrik und Eisen gießerei von Döhler & Riebel sind heute 26 Arbeiter ausgeperrt worden.

Die Ausperrung in Leipzig.

Der Leipziger Bezirksverband der Metallindustriellen hat die angeforderte Ausperrung von 60 Prozent der Gesamtbelegschaft am 5. August durchgeführt, nachdem es unter Vermeidung abgelehnt hat, die streikenden Arbeiter in den Metallwarenfabriken zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Am 4. August nahmen die Leipziger Metallarbeiter in elf Versammlungen Stellung zur Situation. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in . . . . . ingende, von zirca . . . . . Metallarbeitern besetzte Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Behauptung des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, daß der Streik in den Metallgießereien und Metallwarenfabriken ein präventives Geschäftsgang wäre.“

Die Versammlung bringen vielmehr zum Ausdruck, daß die in den Metallgießereien gestellten Forderungen sehr beschleunigt und das Metallindustriellenverbande selbst, was zur Selbstbehaltung eines jeden Arbeiters dringlich notwendig ist, und daß lediglich durch die vom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig bereits am 19. Juni d. J. angebrohte Ausperrung in präventiver Weise die damals auf Beilegung der im streikenden Eisenarbeiten hängenden Streitigkeiten hinwirkend wurden.

Die Versammlung sprechen den seit dem 27. Mai im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen stehenden Arbeitern der Metallgießereien Anerkennung und Dank für ihre unermüdete Haltung aus, und sind gewillt, mit derselben Begeisterung und Fähigkeit die Folgen der Ausperrung auf sich zu nehmen.

Die Versammlung verpflichten sich, die von der Verbandsleitung zu treffenden Maßnahmen gewissenhaft durchzuführen, um dadurch ein für die streikenden Metallarbeiter günstiges Ende der Ausperrung herbeizuführen.

Das Komitee der hiesigen Bezirksverbände der Metallindustrieller hat beschlossen, dem Leipziger Verbande durch eine Ausperrung Übergang zu schaffen an Hilfe zu kommen.

Neu Wehungen der Tagespresse sollen am 5. August 10 000 Personen ausgeperrt werden sein. Diese Anzeigen über den Umfang der Ausperrung in Leipzig sind ungenau und übertrieben. Am 5. August wurden laut Zählung 5007 Kollegen ausgeperrt, zu denen in den folgenden Tagen noch etwa 1000 hinzugekommen sein werden. Bezogen wir nun noch die streikenden Zimmer- und Dreherlinge (ebenfalls etwa 1000), so ergibt sich eine Gesamtsumme von zirca 7000.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung wehlt in ihrer Nr. 32 zu berichten, daß „die Metallindustriellen von Rheinland und Westfalen sich bereits mit den schärfsten Firmen solidarisch erklärt“ haben. Dieser Wortlaut ist etwas sonderbar. Es kann sein, daß etwas Lausliches dahintersteckt; es ist aber auch möglich, daß diese Notiz von jemand in die Arbeitgeber-Zeitung langiert worden ist, der nur einen Bluff beabsichtigte. Es ist indessen nicht ausgeschlossen, daß solche Ansichten bei den Schärfmachern in Rheinland und Westfalen tatsächlich vorhanden sind. Daß in den verschiedenen Gegenden Deutschlands ein Ausperrungsbeschluß den anderen jagt, gibt zu denken Veranlassung und man kann zu keinem andern Schlusse kommen, als daß eine — vorläufig noch geheimgehaltene — Abmachung dahintersteckt. Nun muß man sich allerdings fragen: Welche Rolle spielt die Zeitung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen dabei? Geht dieses sonderbare Zusammenwirken der Schärfmacher in den verschiedenen Bezirksverbänden mit ihrem Einverständnis, oder hat sie sich besette lassen und die Bezirksverbände müssen auf eigene Faust? Möchte man die von so manchem heimlich herbeigewünschte Gesamtausperrung der Metallarbeiter auf diese Weise von hinten herin in Szene setzen? 1906 und 1910 genigte die Androhung durch den Gesamtverband, um bei der öffentlichen Meinung große Entrüstung herbeizurufen. Jetzt möchte man es wohl „schlau“ anfangen, indem man verhältnismäßig geringe Streikfälle zur Veranlassung nimmt, um in einem Bezirk nach dem andern auszusperren. Man glaube aber nicht, dadurch jemand täuschen zu können. Für uns heißt es nun in den nächsten Wochen mehr als je: Seid einig! Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes müssen ein Herz und eine Seele sein. Dies ist die erste Bedingung, um einen solchen Angriff des Unternehmertums zurückweisen zu können.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**  
(In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)
- Samstag, 12. August:
    - Glogau, Schreyer, Markt 21, halb 9.
    - Mühlstadt, Gambrius, 9 Uhr.
    - Welschens, Volkshaus, halb 9 Uhr.
  - Sonntag, 13. August:
    - Oberhausen-Sterkrade, Busch, 7.
  - Montag, 14. August:
    - Geisweid, Krombach.
    - W. Gladbach-Rheinbr., Bierhaus, 7/8.
  - Mittwoch, 16. August:
    - Salden, Gohmann, 9 Uhr. Fierlohn.
    - Marientwerder-Treichel, Schäfer, 8.
    - Blismar, Arbeiterheim, 8 Uhr.
  - Donnerstag, 17. August:
    - Samborn-Altona-Gardow-Grünenarbeiter, Gräter, Sternstr. 75, 8 Uhr.
    - Nowawes-Neuendorf, Singer, 7/8.
    - Dörsch (Gehreiter), Müller, 8.
    - Hohwies, Schiffscher Hof, halb 9.
    - Wallingen, Waffe, halb 9 Uhr.
  - Freitag, 18. August:
    - Eisenach, Fröhlicher Mann, halb 9.
    - Leipzig i. S., Neue Sorge, 9 Uhr.
  - Samstag, 19. August:
    - Altdorf, Dorfner, Hof Markt, 8 Uhr.
    - Barmer-Alte, Förner, Gießerei (Arbeit), Gerhaus, Barmer, 7/8.
    - Bedam-Verkehrsbüro, Gemeinsh., 8.
    - Siberach a. M., Zum Schattan, halb 9.
    - Bitterfeld, Hohenzollern, halb 9 Uhr.
    - Bonn a. Rh., Volkshaus, 9 Uhr.
    - Bretzen, Engel, halb 9 Uhr.
    - Bruchsal, Pfalz, halb 9 Uhr.
    - Chemnitz (Wasserschloß), Volkshaus, 7/8.
    - Geisfeld u. Umg., Neuen, 9 Uhr.
    - Darmstadt, Gemeinshaus, 9.
    - Döbeln, Muldenterrasse, halb 9 Uhr.
    - Dortm.-Schwerte, Stamm, 7/8 Uhr.
    - Erfurt, Löwen, halb 9 Uhr.
    - Friedberg i. S., Union, halb 9 Uhr.
    - Gagen-Sippe, Jäger, halb 9 Uhr.
    - Gagen-Riedelhausen, Kufe, halb 9.
    - Gag.-Wehrhauer, Alter Fris, 7/8.
    - Halle a. S. (Elektromont.) Goldene Kette, halb 9 Uhr.
    - Samela, Gemeinshaus, halb 9.
    - Schörschhausen, Weiß, halb 9 Uhr.
    - Sierlohn (L. Bez.), Humme, halb 9.
    - Selsterbach, Lustiges Est, halb 9 Uhr.
    - Witten i. S., Kolosseum, 7 Uhr.
    - W. Gladb.-Grevendroich, Koch, halb 9 Uhr.
    - Raumburg a. S., Schwarz Adler, 7/8.
    - Schwarzf., Drei Linden, halb 9 Uhr.
    - Frankenb., Dietrich, halb 9 Uhr.
    - Schneid i. Thür., Rasthof, 8 Uhr.
    - Schmieberg, Gasthof Madestrub in Dönschen, halb 9 Uhr.
    - Thale a. S., Grüne Lampe, halb 9.
  - Sonntag, 20. August:
    - Bitterfeld-Dörsch, Lindenhof, 7/8.
    - Breslau (Erfurt), Roter Löwe, 7/8.
    - Geisfeld (Zimmerei u. verm. Beruf), Kraus, Vereinsstr. 11, 11 Uhr.
    - Hierlohn-Renden, Warte, halb 11.
    - Kallm.-Spröttau-Graf-Waldersee, 4.
    - W. Gladbach (Gehereia), Geyer, 10.
    - W. Gladbach-Alten, Rientens, 10.
    - Kilburg (Hauptmonteur), Verbandshaus, Kirchhain, 10 Uhr.
    - Osnabr.-Burgsteinfurt, Meer, 10.
    - Siegen (Förner), Dilger, halb 11.
    - Siegen (Hauptmonteur u. Klempner), Fomte, halb 11 Uhr.
    - Sock.-Witzhagen, Grabweg, 10 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Berlin, Kesselschmied nur morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr, Aufnahmestellenführung nur von 9-12 Uhr morgens ausbezahlt.
- Chemnitz (Vertrauensmänner der Seigungsmonitore), Sonnabend, 19. August, abends halb 9 Uhr.
- Hilfenvermittlung, für die hiesige Verwaltungsverhältnisse ist der Posten eines besoldeten Geschäftsführers neu zu besetzen. Der Antritt soll möglichst am 1. Oktober erfolgen. Zur Bewerbung zugelassen sind Kollegen, die mindestens fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes, rednerisch und agitatorisch befähigt, in schriftlichen Arbeiten bewandert sind und unsere Verhältnisse genau kennen. Aus den Bewerbungen schreiben muß Alter, Beruf, Familienstand, Dauer der Zugehörigkeit zum Verband und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Das Antragsgehalt beträgt 1980 M. Ueber die Steigerung des Gehalts sollen besondere Verhandlungen getroffen werden. Kollegen, die auf diesen Posten reflektieren, wollen ihre Bewerbungen bis zum 31. August mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Max Hennberg Weinberge 20, richten.
- Schneid i. Thür., Der Kassierer Max Derrrauch wohnt jetzt Heiligen-gasse 2, 2.
- Waldert, Zum ersten Agitationsbeamten wurde der Kollege Otto Windhöfel (Wülheim a. Rhein) gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Gestorben.

- Geimnischau, Karl Mich. Fiedler, Guppitzer, 40 J., Lungenerkrankung.
- Fork i. N.-S., Gg. Müller, Schloffer, Lungenerkrankung.
- Max Boretsch, Schloffer, wurde erkrankt.
- Freitling, Andreas 85 J., Förner, Herzwassersucht.
- Hierlohn, Heinrich Malwald, Dreher, 42 Jahre, rote Ruhr.
- Schneid, Hans Fischer, Metallarb., 31 J., Lungenerkrankung.
- Albert Ziegel, Schloffer, 28 Jahre, Darmkrebs.
- Witzhagen, Christ. Reich, Walzer, 59 J., Darmverengung (33).

Zentralarbeitsnachweis für Graubere und Ziselere

Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen.

- 1. Tag, Geldgießergesellschaft, Berlin, im L. d. Gießerei gut bewandt, in dauernde Stellung sofort gesucht. Otto Sattner, Selb., Baugew. i. S.
- 1691 Tätigen Feilenhauer sucht Ewe. Finkbaum, Grimma i. S.
- Wer kann mit den jetzigen Aufnahmestellen des Schloffers Otto Sattner, geb. den 10. Dezember 1890 zu Pörsch, angeben? Nachricht erbitet 1908 P. Moraw, Pörsch i. C., Dürnr. 23 p.
- 1. Tätige Werkzeugmacher für Eisenbau gesucht. Bewerbungen unter G. D. 1685 an den Verlag dieses Blattes erbeten. 1683